

Krisen der Weimarer Republik

- Aufstieg der Nationalsozialisten
- Die Rheinlandbesetzung

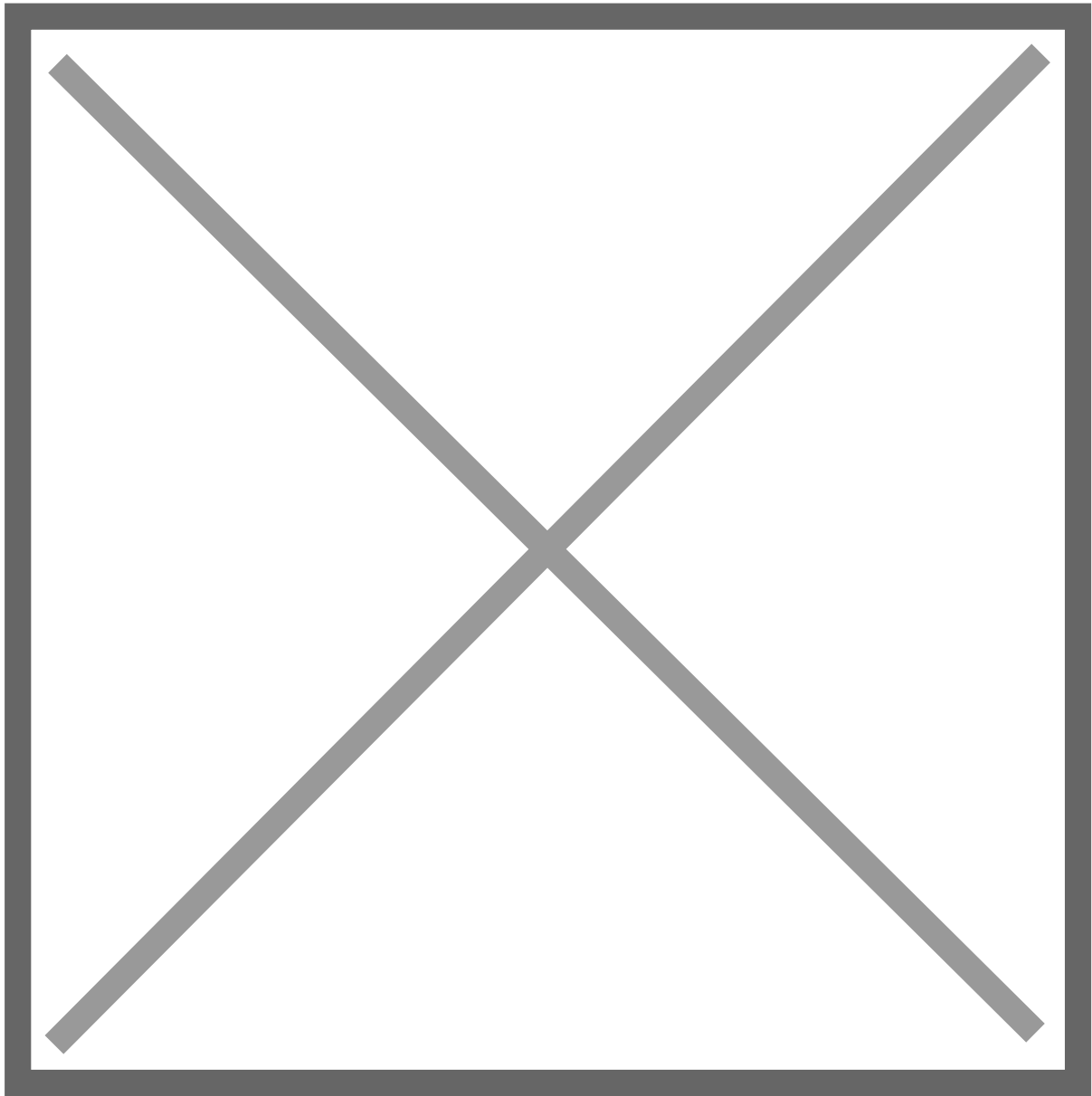
Aufstieg der Nationalsozialisten

Inhaltsverzeichnis

1. München unter dem Hakenkreuz

1. München unter dem Hakenkreuz

Niemand beschimpft die Weimarer Republik so hasserfüllt wie Adolf Hitler. Am 8. November 1923 versucht der Vorsitzende der rechtsextremen NSDAP, mit seinen Gefolgsleuten Bayerns Regierung zu stürzen, um anschließend gegen Berlin zu marschieren. Der Staatsstreich scheitert – und wird doch zum Triumph

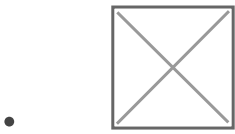


WEGEN SEINES Umsturzversuchs muss sich Hitler 1924 vor einem Münchner Gericht verantworten. Am Tag der Urteilsverkündung posiert er mit anderen Angeklagten, darunter dem früheren Reichswehrgeneral Erich Ludendorff (Mitte)

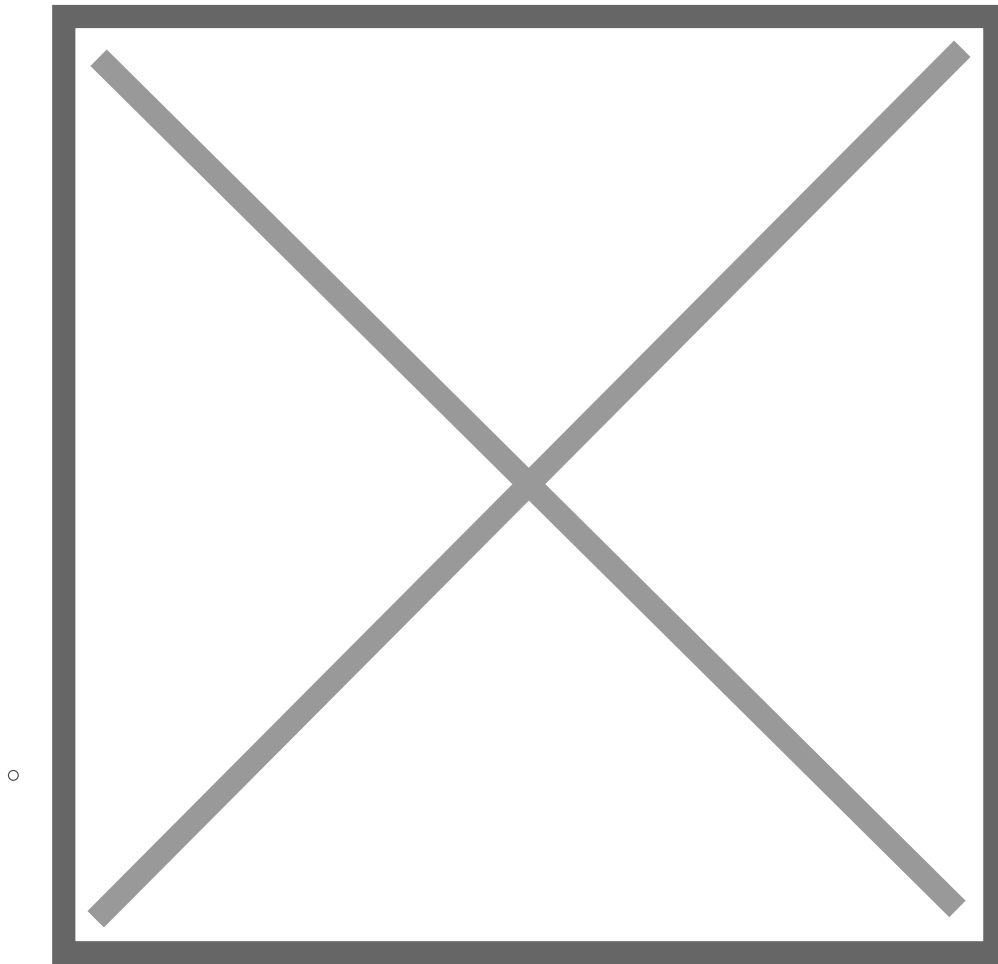
Adolf Hitler will sich umbringen. Es ist der 11. November 1923, und die Polizei wartet vor der Tür. Der per Haftbefehl gesuchte Aufrührer, der drei Tage zuvor versucht hat, Bayerns Regierung zu stürzen, hat sich in der Villa seiner Gönnerin Helene Hanfstaengl am Staffelsee versteckt. Vergebens, die Ordnungshüter haben ihn gefunden. Hysterisch schreit Hitler mit dem Revolver in der Hand: „Das ist das Ende! Mich von diesen Schweinen verhaften lassen – niemals! Lieber tot!“ So zumindest wird es Helene Hanfstaengl später berichten. Der Putschversuch des 34-jährigen war als Startsignal für einen „Marsch auf Berlin“ gedacht, bei dem die Weimarer Republik zu Fall gebracht werden sollte. Doch sein Coup scheiterte bereits am Münchner Odeonsplatz. Im Handgemenge hat er sich die Schulter ausgerenkt. Unter starken Schmerzen ist er in die 70 Kilometer entfernte Villa geflohen. Doch die Behörden haben kaum mehr als 48 Stunden gebraucht, um ihn dort ausfindig zu machen. Nun stehen die Polizisten vor der Tür.

Hitlers Gastgeberin ist eine Amerikanerin mit deutschen Wurzeln. Ihr Mann Ernst, Sohn einer wohlhabenden Münchner Verlegerfamilie, hat einige Jahre lang in New York gelebt. Das Ehepaar gehört zur Münchner High Society, unterstützt offen Hitlers Partei. Und es ist Helene Hanfstaengl, die in diesem Moment Entschlossenheit zeigt. Mit einer schnellen Bewegung entwindet sie dem Rasenden die Waffe (so jedenfalls stellt sie es später dar). Sie lässt den Kommandeur der Polizeitruppe ins Haus und führt ihn zu Hitler, der einen weißen Schlafanzug trägt, den lädierten Arm in eine Schlinge gesteckt. Sein Widerstandsgeist ist gebrochen. Als ihm der Polizist erklärt, er wolle ihn verhaften, reicht Hitler ihm höflich die Hand und bittet darum, vor Anpöbelungen geschützt zu werden.

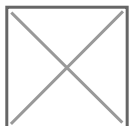
Auf der Straße nimmt ihn das Polizeikommando in Empfang. Ziel ist das Gefängnis in Landsberg. In diesem Moment scheint die politische Laufbahn des NSDAP-Chefs beendet zu sein. Ihm drohen ein Verfahren wegen Hochverrats und die Abschiebung in sein Heimatland Österreich.



MÜNCHEN IST der ideale Ort für Adolf Hitlers Pläne: Nirgendwo in Deutschland finden sich mehr Antisemiten und Demokratiefeinde. Im November 1923 will er seinen Hetzreden Taten folgen lassen (Foto vom 4. November 1923)



DER PUTSCH: Während Hitler am 8. November 1923 im »Bürgerbräukeller « die nationale Revolution ausruft, besetzen bewaffnete Anhänger das bayerische Hauptquartier der Reichswehr. Einer der Kämpfer: Heinrich Himmler, der spätere SS-Führer (mit Fahne)



DIE TRUPPEN der NSDAP verfügen zwar über Lkw und Maschinengewehre, doch den regulären Einheiten von Reichswehr und Landespolizei sind sie unterlegen (Hitler-Anhänger während des Putsches)

Tatsächlich aber ist dies erst der Anfang seiner Karriere. Denn Bayerns Justiz wird dafür sorgen, dass der Prozess gegen Adolf Hitler zum Startpunkt seines unglaublichen Aufstiegs gerät.

LANGE HAT HITLER nach Menschen gesucht, die seiner Wut zuhören: als 20-jähriger in einem Männerheim in Wien, später in Münchner Cafés, wo es den erwerbslosen Österreicher 1913 hinzog, dann in den Schützengräben des Ersten Weltkriegs. Doch Publikum für seine Tiraden fand er kaum. Bis sich ihm in Bayern nach Krieg und sozialistischer Revolution ideale Umstände bieten. Im April 1919 ist das bayerische Bürgertum schockiert von der Machtübernahme linker Arbeiter- und Soldatenräte, die eine eigene Republik ausrufen (siehe Seite 88). Entsprechend erleichtert sind

weite Teile der Münchner Gesellschaft, als paramilitärische Freikorps-Einheiten in die Stadt einrücken und das kommunistische Treiben brutal beenden. Für das Chaos in der Stadt machen sie andere verantwortlich: „landfremde Elemente“, Juden, Marxisten. Die rechten Truppen werden als Heilsbringer gefeiert.

Den meisten Bürgern ist nach den Schreckenstagen des kurzen kommunistischen Putsches alles recht, um eine erneute linke Machtübernahme zu verhindern. Viele verängstigte Münchner sympathisieren mit den radikalen Nationalisten. Denn nur ihnen trauen sie zu, die Kommunisten in Schach zu halten. Die vor dem Ersten Weltkrieg eher liberale Stadt entwickelt sich zum Zentrum rechtsradikaler Kräfte. Dazu trägt eine Generation junger Männer bei, die wie Hitler fanatisiert und voller Hass aus dem Krieg zurückkehren. Hinzu kommt, dass die Landesregierung alles tut, um die Rechtsradikalen zu unterstützen. 1920 wird ein überzeugter Monarchist bayerischer Ministerpräsident. Gustav Ritter von Kahr erklärt Bayern umgehend zu einem Ort, an dem all jene willkommen sind, die die Weimarer Demokratie ablehnen.

In Bayern sind sie sicher. Selbst jene Reichswehroffiziere, die sich 1920 an einem gescheiterten Putsch gegen die demokratisch gewählte Reichsregierung beteiligt haben, können sich hier frei bewegen. Mehr als 70 „völkische“ Gruppierungen gibt es 1920 in Deutschland, 15 davon in München. Ihre Mitglieder glauben an die Überlegenheit der „deutschen Rasse“, sie hassen alles Jüdische und verabscheuen den Marxismus. Zuspruch gibt es genug: Die wohlsituierten Mitglieder der geheimen „Thule-Gesellschaft“ etwa überlegen, wie man die Münchner Arbeiterklasse von einem nationalen Sozialismus überzeugen könnte. Die antidemokratische Terrortruppe „Organisation Consul“ plant in der bayerischen Hauptstadt die Ermordung des Außenministers Walther Rathenau (und verübt das Attentat im Juni 1922). Und wenn im „Kindlkeller“ gegen Juden gehetzt wird, ist die Bierhalle voll bis auf den letzten Platz: 7000 Menschen, vereint im Hass.

Aber noch gibt es niemanden, der all diese Bemühungen bündelt. Keinen Anführer. Noch nicht. Es ist Hitlers rhetorisches Talent, das ihn in den drei Jahren nach Kriegsende in München bekannt macht. Damit fällt er bereits in der Armee auf. Als er im Juli 1919 an einer Schulung der Nachrichten-Abteilung der Reichswehr teilnimmt, bei der die Armee Kriegsheimkehrer wie ihn gegen sozialistische Gedanken immunisieren will, sticht er durch besonderen politischen Eifer hervor. Bereits einen Monat später setzt ihn die Reichswehr bei einer weiteren Schulung als Ausbilder ein. Dort hält er das erste Mal in seinem Leben Reden vor einer größeren Menschenmenge.

“ Hitlers Ton begeistert die Zuhörer

Die Veteranen lassen sich begeistern von seinem radikalen Ton, von seinem Hass auf Juden. Hitlers „Fanatismus“ habe sie zur Aufmerksamkeit geradezu gezwungen, erinnert sich ein Zuhörer. Der 30-jährige österreichische Gefreite entdeckt seine Begabung: Er kann Menschen durch seine Sprache erreichen. Mehr noch, er kann sie mitreißen.

Von der Reichswehr wird er nun als nationalistischer „Aufklärungsredner“ eingesetzt. Und findet schnell eine politische Heimat: Im September 1919 observiert er als Agent der Reichswehr ein

Treffen der völkischen „Deutschen Arbeiterpartei“ – und meldet sich prompt zu Wort. Er redet sich dabei derart in Rage, dass der Parteivorsitzende Anton Drexler hinterher meint: „Mensch, der hat a Gosch’n, denn kunnt ma brauch’a.“

Hitler lässt sich nicht lange bitten. Einige Tage nach dem Treffen tritt er in die Partei ein, Mitgliedsnummer 555 (die DAP hat ihre Zählung bei 500 begonnen, um größer zu erscheinen). Sie konkurriert zu jener Zeit mit Münchens anderen völkischen Gruppierungen. Nur wenig deutet darauf hin, dass sie schon bald die dominierende rechtsradikale Kraft sein wird.

Wenn es für die DAP eine Hoffnung gibt, dann ist es der Rhetoriker Hitlers: 1920 wird er zu ihrem wichtigsten Bierkeller-Redner. Anfangs spricht er in kleineren Lokalen vor ein paar Hundert Leuten. Im Februar 1920 wagt die Partei eine erste Großveranstaltung im „Hofbräuhaus“. Es kommen 2000 Menschen. Und es wird stürmisch gejubelt, als Hitler gegen Juden hetzt und gegen den Versailler Vertrag und schließlich verkündet: „Unsere Parole heißt nur Kampf.“

Von nun an ist er für die Partei – die sich jetzt Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei nennt – nahezu unverzichtbar. Ab April 1920 ist die Agitation für die NSDAP und gegen die verhasste Weimarer Republik seine Hauptaufgabe, die Reichswehr hat er verlassen. Immer mehr Menschen strömen in den folgenden Monaten in die Bierkeller und Hallen, um ihn, den schärfsten Hetzer gegen „jüdische Halsabschneider und Profiteure“, zu hören. Die 6000 Sitze des „Circus Krone“ füllt er bald mühelos.

Zudem findet Hitler wohlhabende Unterstützer. Viele geben Geld, laden ihn ein zu ihren Soireen in den Salons der feineren Münchner Gesellschaft, wo er sich anfangs noch etwas ungelenk anstellt, aber als Kuriosum umschwärmt wird. Im Juli 1921 fordert er schließlich den Parteivorsitz mit „diktatorischer Machtbefugnis“. Die bisherigen Anführer der NSDAP fürchten, ihren wichtigsten Agitator zu verlieren, wenn sie ihm nicht nachgeben – und stimmen zu. Die NSDAP zieht derweil immer mehr Mitglieder an und bleibt dennoch nur eine von vielen rechten Gruppen in Deutschland und ist zudem außerhalb des Freistaates kaum bekannt.

Auch ihre Kampfmiliz, die Sturmabteilung (SA), ist im Vergleich mit anderen bewaffneten Gruppen in Bayern, die teilweise Zehntausende Mann unter Waffen haben, eher klein. Hitler selbst sieht sich anfangs offenbar nicht als den künftigen Führer. In einer Rede im Mai 1923 erklärt er: „Unsere Aufgabe ist, dem Diktator, wenn er kommt, ein Volk zu geben, das reif ist für ihn.“

All das ändert sich im November 1923. Vier Jahre nach Gründung der Weimarer Republik ist die politische Stimmung in Deutschland extrem angespannt. Französische und belgische Truppen haben Anfang des Jahres das Ruhrgebiet besetzt, da Deutschland mit Reparationszahlungen für die Schäden im Ersten Weltkrieg in Rückstand geraten ist. Viele Bürger sind wütend, sie fühlen sich durch den Einmarsch in ihrer nationalen Ehre verletzt.

Zudem befindet sich Deutschland in einer Wirtschaftskrise. Die Inflation ist außer Kontrolle geraten. Ein Dollar ist Anfang November 1923 mehr als 418 Milliarden Mark wert. Für einen Laib Brot bezahlt man 5,6 Milliarden Mark. In Bayern ruft die Regierung den Ausnahmezustand aus und setzt den früheren Ministerpräsidenten Gustav Ritter von Kahr als Generalstaatskommissar mit diktatorischen Vollmachten ein.

In dieser instabilen politischen Lage sehen die Nationalsozialisten ihre Chance für einen Umsturz gekommen. Hitler braucht Verbündete, um die Wut der Menschen auszunutzen. Die NSDAP zählt zwar immerhin schon 55.000 Mitglieder, hat aber noch nie an einer Wahl teilgenommen. Am 7. November 1923 erfährt er, dass die drei mächtigsten Männer Bayerns am nächsten Tag bei einer politischen Veranstaltung im Münchner „Bürgerbräukeller“ sein werden: Generalstaatskommissar von Kahr, Otto von Lossow, der Kommandeur der Reichswehr in Bayern, und Hans von Seißer, Chef der bayerischen Landespolizei.

Hitler fasst einen Plan: Er will diese Männer zur Rebellion gegen Berlin zwingen – indem er sie als Geiseln nimmt.

“ Der Richter zeigt viel Verständnis

Am Abend des 8. November marschiert er mit bewaffneten SA-Männern in den mit 3000 Zuschauern besetzten „Bürgerbräukeller“, droht Kahr, Lossow und Seißer mit deren Ermordung und bringt sie tatsächlich dazu, per Handschlag im aufgeheizten Saal einer nationalen Revolution zuzustimmen. Aber als die drei in der Nacht freigelassen werden, ignorieren sie das ihnen abgepresste Versprechen und befehlen loyale Reichswehrtruppen aus ganz Bayern zur Unterstützung der Münchner Polizei herbei. Die ersten Putschisten werden noch vor Mitternacht festgenommen.

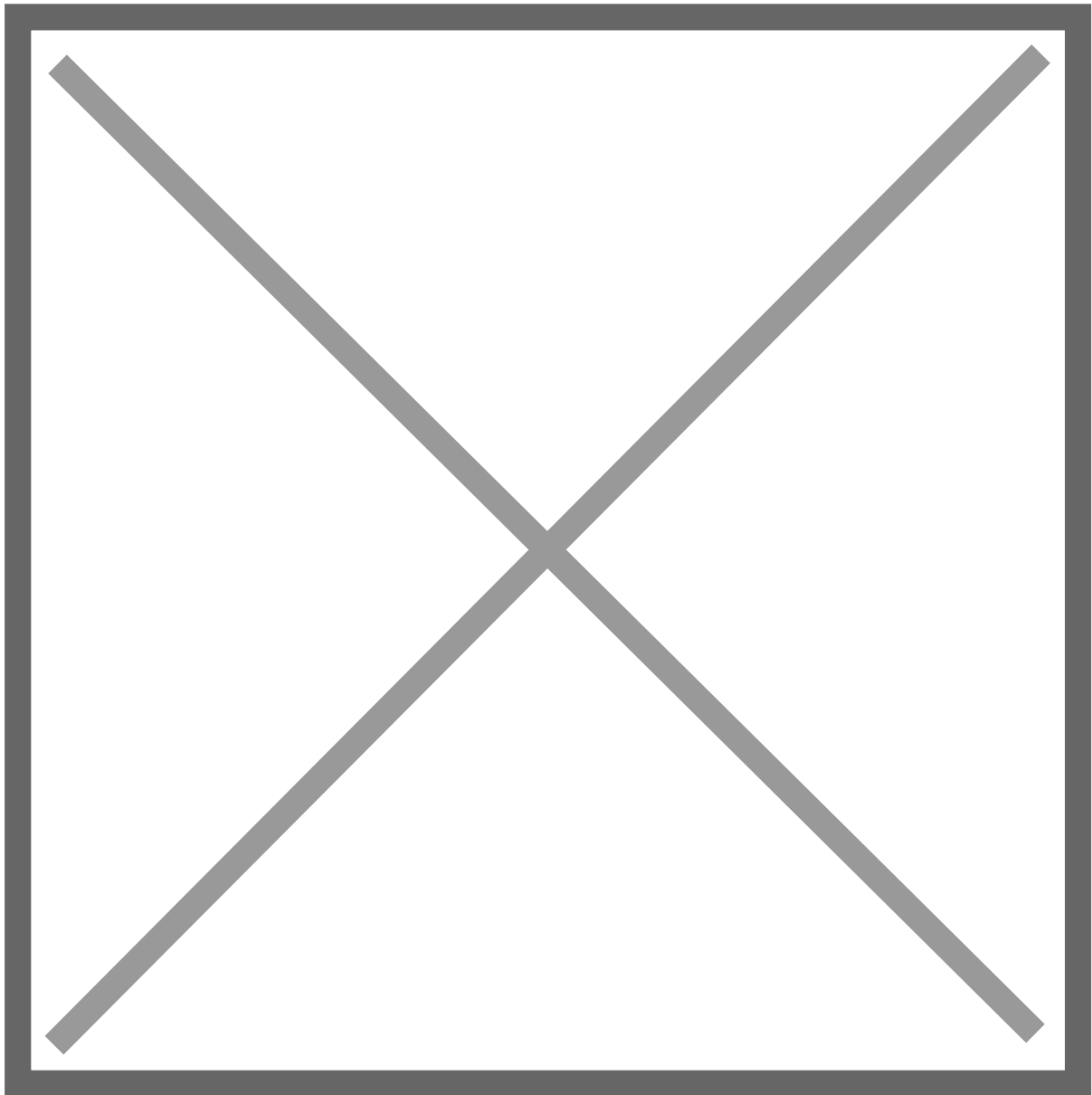
Hitler sieht am nächsten Morgen seine einzige Chance in einem Marsch durch München mit 2000 Anhängern, der die Bevölkerung mobilisieren soll. Doch schon am Odeonsplatz werden die Männer von bewaffneten Polizisten gestoppt. 30 Sekunden dauert der Schusswechsel, dann liegen 13 Gefolgsleute Hitlers sowie vier Polizeibeamte und ein Passant tot am Boden. Der Putsch ist gescheitert. Hitler flieht mit einem Auto. Zwei Tage später wird er in der Villa am Staffelsee festgenommen.

ALS DER VERSCHWÖRER zur Untersuchungshaft in das Gefängnis von Landsberg eingeliefert wird, ist er blass und schweigsam. Hitler kommt in einen Bereich für besonders privilegierte Gefangene. Die dortige „Festungshaft“ ist im Reichsstrafgesetzbuch politischen Häftlingen und Duellanten vorbehalten: all jenen also, die ihre Verbrechen in vermeintlich „ehrenhafter Gesinnung“ begangen haben. Die Haftbedingungen sind deutlich entschärft – vor allem, wenn es sich um Nationalisten handelt.

Während die meisten anderen Gefangenen in engen, dunklen Zellen sitzen, hat Hitler Platz für einen kleinen Schreibtisch und viel Licht, das durch zwei große Fenster hineinströmt. Er bewohnt das beste Zimmer des Gefängnisses und verfällt dennoch in eine Depression. Er tritt in Hungerstreik, magert ab, wirkt nach wenigen Tagen wie ein „Haufen Elend, niedergeschlagen, unrasiert“, so ein Gefängniswärter. Weil er außer Wasser nichts zu sich nimmt, wird er auf die Krankenstation verlegt.

Seine Partei ist verboten, Anhänger sind auf der Flucht, er selbst muss mit hoher Strafe rechnen – auf Hochverrat stehen mindestens fünf Jahre Gefängnis. Er scheint ein gebrochener Mann zu

sein. Doch dann kommen die Briefe. Helene Hanfstaengl schreibt ihm, sie habe ihn nicht von einem Suizid abgehalten, nur damit er sich jetzt zu Tode hungere. Andere schicken Pakete; Winifred Wagner, Schwiegertochter des Komponisten Richard Wagner, sendet ihm eine Woldecke, Jacke, Strümpfe, Lebensmittel und Bücher. Im Gefängnis kommen derart viele Delikatessen an, dass Hitler den Überfluss an ein Kloster spendet.



MILDE STRAFE: Nach der Gerichtsverhandlung wird Hitler für knapp neun Monate in Landsberg inhaftiert – in komfortablen Verhältnissen und im Kreise von Parteigenossen wie Rudolf Heß (2. v. r.)

Er begreift, dass seine politische Karriere doch noch nicht beendet ist. Im Gegenteil: Nach dem Putschversuch hat er mehr Bewunderer als je zuvor. Seine Depression klingt ab, er nimmt wieder Nahrung zu sich. Und er findet ein neues Ziel: Er will seinen Prozess zur großen Abrechnung mit der Demokratie, den Juden sowie den Zauderern Kahr, Lossow und Seißer machen. Mit manischer Energie bereitet er sich auf den 26. Februar 1924 vor.

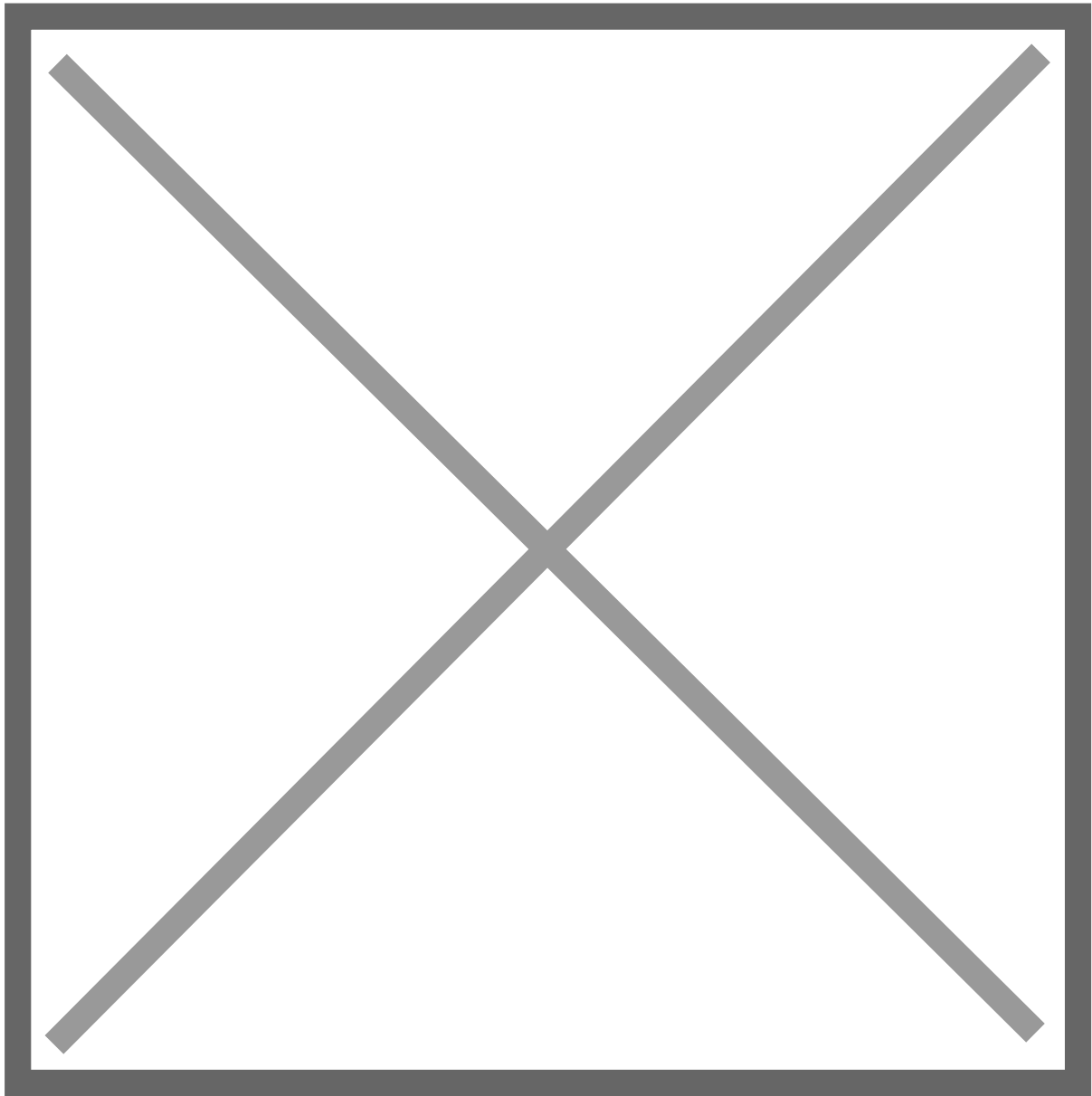
Neun weitere Verschwörer sind mit ihm angeklagt, darunter der spätere SA-Chef Ernst Röhm sowie Erich Ludendorff, ehemaliger Reichswehrgeneral und großer Stratege des Ersten Weltkriegs, ein Antisemit und Antidemokrat – am Abend des Putsches war er neben Hitler im „Bürgerbräukeller“ aufgetreten.

Hitler tritt vor ein ihm zugeneigtes Publikum: Der leitende Richter Georg Neithardt ist, ganz im Sinne der bayerischen Landesregierung, überzeugter Nationalist. Wie der Justizminister Franz Gürtner ist er der Meinung, dass sich Hitlers nationale Überzeugung in einem geringeren Strafmaß niederschlagen sollte. Neithardt äußert öffentlich Verständnis für die „selbstlose“ deutsche Gesinnung des NSDAP-Führers.

Der Justizminister hält Neithardt daher für die beste Wahl, um das Verfahren zu leiten. Er hat allerdings unterschätzt, wie weit der Richter in seiner Nachsichtigkeit zu gehen bereit ist. Denn Neithardt lässt dem Häftling im Gerichtssaal alle Freiheiten. Hitler darf an einem der Tage vier Stunden lang reden, darf die Juden als „größten Feind der arischen Menschheit“ bezeichnen. Unterbrochen wird er nicht. Ein Gerichtsreporter nennt das Verfahren „politischen Karneval“. Der Angeklagte treibt seine Tiraden so weit, dass Gürtner schließlich den Richter darauf hinweist, seine Prozessführung mache einen peinlichen Eindruck. Neithardt antwortet, er vermöge Hitlers Wortschwall nicht zu bremsen.

Stärker einschreiten kann die Regierung nicht, ohne selbst das Recht zu brechen. Sie will es aber vermutlich auch nicht. Neithardt hat als Vorsitzender Richter die Kontrolle über das Verfahren und kann nicht aus politischen Gründen abgesetzt werden – das lässt die Verfassung der Weimarer Republik nicht zu. Das Urteil, das er am 1. April 1924 spricht, ist mild. Hitler wird zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, mit Aussicht auf Bewährung bereits nach sechs Monaten. Die vom Gesetz zwingend vorgeschriebene Ausweisung des Österreichers lehnt der Richter ab: Hitler denke und fühle deutsch, so seine Begründung. Den Eindruck, den der Angeklagte bei vielen der Anwesenden hinterlässt, Gefasst einer der Richter so zusammen: „Ein kolossaler Kerl, dieser Hitler!“

Alle wichtigen Zeitungen berichten über den Prozess. Es ist der Moment, in dem der Name des Putschisten in ganz Deutschland bekannt wird.



IM DEZEMBER 1924 wird Hitler aus der Festungshaft entlassen (oben). Schon im Jahr darauf kann er die zwischenzeitlich verbotene NSDAP neu gründen – und seinen Aufstieg fortsetzen

ZURÜCK IN LANDSBERG, bleibt Hitler nicht lange allein: Seine Mitkämpfer, darunter mehr als 40 SA-Männer, treten im Mai 1924 ihre Strafe an. Die Männer sitzen unter Bedingungen ein, wie sie eher in einem Hotel herrschen: Sie müssen weder putzen noch ihr Bett selbst machen, sie dürfen rauchen und Alkohol trinken und bekommen ihr Essen von anderen, weniger privilegierten Gefangenen serviert.

Hitler gefällt sich in der Rolle des Anführers, der sich von seinen Leuten „Chef “ nennen lässt und in weißem Hemd und Lederhose durch die Anstalt spaziert. Noch wohler fühlt er sich, als einige seiner engsten Begleiter zu ihm stoßen, etwa Emil Maurice, sein Fahrer aus München, oder Julius Streicher. Der Kopf der NSDAP-Ortsgruppe in Nürnberg hatte während des Hitler-Putsches das Münchner Rathaus besetzt.

Und da ist Rudolf Heß, der spätere Stellvertreter des „Führers“, der am 8. November 1923 zwei Minister entführt hat. Der ehemalige Kampfpilot ist gebildet, aber psychisch labil. Er weicht seinem Vorbild nun kaum noch von der Seite. Mit Heß bespricht Hitler seine Ideen, diskutiert über Politik und Geschichte und geht mit ihm im Gefängnisgarten spazieren, während er zum Rest seiner Anhänger meist eine gewisse Distanz bewahrt.

Und immer mehr reift in ihm der Plan, ein politisches Buch zu schreiben, ein Manifest, das seine Weltanschauung zusammenfasst. Das Manuskript nennt er zunächst etwas umständlich „Viereinhalb Jahre Kampf gegen Lüge, Dummheit und Feigheit“. Später wird es einen griffigeren Titel bekommen: „Mein Kampf“.

In dem Werk bekommt Hitlers politisches Programm erstmals Konturen: Er verbindet die Verachtung für den Kommunismus nun untrennbar mit dem Hass auf die Juden. Das Hauptziel des Nationalsozialismus sei die „Vernichtung“ des „jüdischen Bolschewismus“, schreibt er. Die Eroberung von „Lebensraum“ in der Sowjetunion sei notwendig für den Unterhalt der deutschen „Herrenrasse“. Seine Radikalität verfestigt sich beim Schreiben. Er habe während der Arbeit an dem Buch endgültig begriffen, dass er bislang zu milde gewesen sei, sagt er später. In Landsberg manifestiert sich die Idee für den Genozid an den Juden.

Das Schreiben wird bald nur unterbrochen durch kurze Spaziergänge und den Empfang von Besuchern: Ernst Hanfstaengl ist häufig zu Gast, auch Alfred Rosenberg, der spröde Chefredakteur der Parteizeitung, der an der Stelle von Hitler nun kommissarisch die versprengten Nationalsozialisten führt. Zu Hitlers Geburtstag am 20. April 1924 kommen 21 Gratulanten. Das wichtigste Geschenk macht ihm Helene Bechstein: eine neue, aus New York importierte Schreibmaschine. Auf ihr tippt Hitler große Teile von „Mein Kampf“. Oft steht er um 5.00 Uhr auf, lässt sich von Heß eine Tasse Tee machen und schreibt dann den Tag hindurch.

„Landsberg war meine Hochschule auf Staatskosten“, behauptet Hitler später. Erst dort habe er die Richtigkeit seiner Anschauungen begriffen. In der Ruhe der Haft, umgeben von Schmeichlern, beginnt er sich nicht mehr als Vorbereiter jenes großen Mannes zu sehen, der Deutschland retten wird – sondern glaubt nun, selbst dieser Mann zu sein. Viel wichtiger aber ist die Einsicht, dass die NSDAP nur durch Wahlen an die Macht kommen kann. Die neue Strategie heißt daher: Beteiligung an der Demokratie. Um dann, nach dem Wahlsieg, ebendiese Demokratie abzuschaffen.

Als er am 20. Dezember 1924, nach nur 13 Monaten, auf Bewährung freikommt, wird er dringend erwartet. Denn die anderen Anführer der nach dem Putsch in Bayern verbotenen NSDAP haben sich zerstritten. Alfred Rosenberg und Julius Streicher konnten sich auf keine Strategie und keinen Anführer einigen. Aber Hitler bleibt anfangs fast unsichtbar. Zwei Monate lang hält er keine Rede, sondern verbringt etliche Tage in seiner Wohnung in der Münchner Thierschstraße. Der Grund für die Zurückhaltung: Er will Heinrich Held, den neuen bayerischen Ministerpräsidenten, dazu bewegen, das Verbot der NSDAP aufzuheben. Er verhält sich ruhig, um nicht aufzufallen.

Seine einzige politische Aktion in diesen Tagen ist daher ein Treffen mit Held. Er versichert, keinen weiteren Putsch anzetteln zu wollen. Und tritt dabei so kleinlaut auf, dass das Verbot der NSDAP tatsächlich kurz darauf aufgehoben wird. Man habe Hitler gezähmt, glaubt Held. Ein Irrtum. Schon bald baut die NSDAP eine reichsweite Organisation auf. Hitler wird der unbestrittene Anführer der

völkischen Bewegung in Deutschland. Und wirkt dennoch zunächst wie ein Schreihals jenseits der Realität.

Denn die Situation hat sich, in Bayern wie in ganz Deutschland, nach 1923 stabilisiert: Eine Währungsreform beendet die Hyperinflation, die Wirtschaft wächst, den Menschen geht es besser, der politische Radikalismus der ersten Jahre nach Krieg und Revolution ebbt ab. Im Mai 1928 erreicht die NSDAP bei Reichstagswahlen nur 2,6 Prozent in ganz Deutschland. Und selbst in München, das die Nationalsozialisten später „Hauptstadt der Bewegung“ nennen werden, bekommen sie nicht mehr als 10,7 Prozent der Stimmen.

Aber die stabilen Jahre der Weimarer Republik währen nur kurz. Am 24. Oktober 1929 brechen die Aktienkurse der New Yorker Börse ein, und bald darauf erreicht die Weltwirtschaftskrise auch Deutschland. Tausende Fabriken schließen, Hunderttausende Arbeiter werden entlassen. 1932 sind mehr als 5,5 Millionen Menschen ohne Brot und Lohn. Und in der Krise wenden sich immer mehr Menschen der NSDAP zu.

Diejenigen, die um ihre Existenz fürchten, sehen im System der Weimarer Republik die Ursache ihrer Probleme. Sie wählen die Nationalsozialisten oft aus Protest, nicht aus Überzeugung. Doch sie wählen sie: Im Juli 1932 gewinnt die NSDAP 37,4 Prozent der Stimmen, ein halbes Jahr später ernennt der Reichspräsident Adolf Hitler zum Kanzler.

Rudolf Heß wird sein Stellvertreter. Im Mai 1941 fliegt er mitten im Krieg eigenmächtig nach England – offenbar in der irrigen Hoffnung, er könne ein Bündnis mit den Briten einfädeln. Er wird später als Kriegsverbrecher verurteilt und erhängt sich 1987 im Gefängnis. Die Hanfstaengls lassen sich 1936 scheiden. Laut ihrem Mann konnte Helene die Nationalsozialisten da schon länger nicht mehr ertragen. Sie geht zurück in die USA, wo sie 1973 stirbt.

Richter Georg Neithardt wird 1933 zum Oberlandesgerichtspräsidenten befördert; 1941 stirbt er. Ein Gericht, das 1950 seine Verwicklung in den Nationalsozialismus prüft, kommt zwar zu dem Ergebnis, der Richter sei als Belasteter einzustufen, stellt dann aber das Verfahren ein. Die Witwenrente seiner Frau bleibt daraufhin unangetastet. Wilhelmine Neithardt erhält sie bis zu ihrem Tod am 1. Juli 1992

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

->

->

->

Sekundärliteratur

-> Böhme, Johannes: München unter dem Hakenkreuz, in: Bayern. Die Geschichte eines ganz besonderen deutschen Staates 1806-2018 (GEO Epoche, Jg. 2018, Heft Nr. 92.), Hamburg 2018, S. 100-107.

->

Die Rheinlandbesetzung

Inhaltsverzeichnis

1. Die Rheinlandbesetzung (1918-1930)
2. Die Rheinlandbesetzung

1. Die Rheinlandbesetzung (1918-1930)

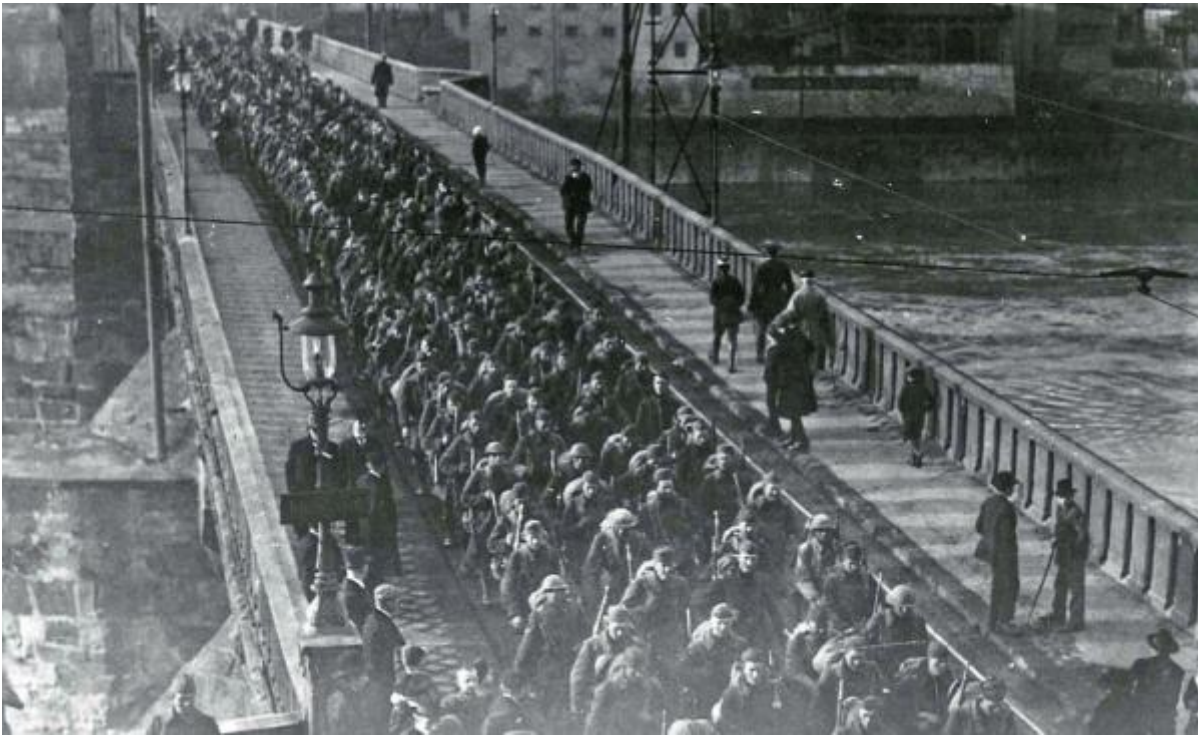


1. Die Besetzung infolge des Waffenstillstandes

Bei der Besatzungszeit (1918-1930) handelt es sich um einen regelrechten Komplex von Themen. Im Folgenden stehen nicht nur Verträge und Paragraphen, Politik- und Diplomatiegeschichte im Vordergrund, sondern es gilt ebenso, einen Blick auf Kultur- und Wissenschaftspolitik beziehungsweise Kultur- und Wissenschaftsgeschichte zu werfen. Wirtschaftliche Implikationen spielen ebenfalls eine Rolle. Allerdings werden diese an anderer Stelle des Online-Portals ausführlicher behandelt, so dass sie hier lediglich gestreift werden.

Der Presstext zu dem 2010 erstmals gesendeten WDR-Dokumentarfilm „Der Feind am Rhein – Die alliierte Besatzung nach dem Ersten Weltkrieg“ bezeichnet die Besatzungszeit als „eine vergessene Epoche der deutschen Zwischenkriegszeit“.^[1] Diese Einschätzung trifft zumindest auf die historische Forschung nicht zu. Zahlreich sind die Veröffentlichungen zur rheinischen Geschichte der Zwischenkriegszeit der letzten Jahre. Insbesondere zur Besatzungszeit, zur Ruhrkrise und zur Tausendjahrfeier, ferner zum Verhältnis von Rheinland und Preußen liegen zahlreiche Publikationen vor.^[2]

Das am 11.11.1918 zwischen den Konfliktparteien geschlossene Waffenstillstandsabkommen von Compiègne sah vor, dass das linksrheinische Reichsgebiet inklusive eines zehn Kilometer breiten Gebietsstreifens auf dem rechten Rheinufer durch das deutsche Militär geräumt und anschließend entmilitarisiert werden sollte. Zudem sollten das linksrheinische deutsche Territorium durch die Ententemächte besetzt sowie ausgedehnte Brückenköpfe mit einem Radius von 30 Kilometern gegenüber den Städten Köln, Koblenz und Mainz eingerichtet werden. Ab Dezember 1918 rückten die Besatzungstruppen in die größeren Städte des zu besetzenden westdeutschen Gebietes ein. So wurde Trier zunächst von amerikanischen und Aachen von französischen Truppen besetzt.^[3] Am 12. Dezember rückten amerikanische Einheiten in Koblenz und in das rechtsrheinische Ehrenbreitstein ein. Zunächst beruhte die Besetzung auf dem Kriegerrecht.



Amerikanische Truppen überqueren die Trierer Römerbrücke über die Mosel, 1918.

Am 13.12.1918 konstituierte sich die Interalliierte Wirtschaftskommission, die für die Distribution von Rohstoffen an die Fabriken im besetzten Gebiet zuständig war. Ebenso oblag ihr die Aufsicht über wirtschaftliche Aktivitäten. Der Oberste Wirtschaftsrat der Alliierten Besatzungsmächte in Deutschland verfügte am 21.4.1919 in Paris die Einrichtung einer „Interalliierten Rheinlandkommission“, bestehend aus Delegierten der vier Besatzungsmächte Belgien, Frankreich, Großbritannien und USA. Ihr oblag die Gewährleistung einer einheitlichen Verwaltung des besetzten Gebietes in sämtlichen Versorgungs- und Wirtschaftsfragen. Mitte Mai 1919 zog die Kommission in Koblenz ein, wo sie zunächst im Gerichtsgebäude residierte, bevor sie in das Gebäude des Oberpräsidiums umzog.

Bei den auf verschiedenen Ebenen ausgetragenen Konflikten der Besatzungszeit handelte es sich nicht nur um einen „Streit zwischen Frankreich und Preußen“ (Jürgen Wilhelm), sondern auch – wenn nicht sogar vor allem – um eine Auseinandersetzung zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich, das im November 1918 die Staatsform einer Republik angenommen hatte. Darüber hinaus war nicht nur Preußen von der Besatzung betroffen, sondern auch andere Gebiete wie etwa die bayerische Pfalz, Birkenfeld oder – im Osten – Oberschlesien und das Memelland.

Zunächst symbolisierte die Besatzung für die Bevölkerung der betroffenen Gebiete nicht den „Schandvertrag“ von Versailles, sondern die militärische Niederlage des Kaiserreiches. Umgekehrt symbolisierte sie für Frankreich den Sieg über den „preußisch-deutschen“ Nachbarn und verstärkte bei den von West nach Ost vorrückenden Besatzungstruppen die während der vier Kriegsjahre entstandenen Emotionen. Eindrücklich schildert Nicolas Beaupré die visuellen Eindrücke, die ihre Spuren in den Köpfen der Soldaten hinterließen: „Der Einzug in die völlig zerstörten Zonen an und hinter der Front, dann in die von der Besatzung ‚befreiten‘ Regionen und in die zurückerhaltenen De-

partements von Elsass-Lothringen und schließlich, für einige, nach Deutschland selbst, funktioniert wie eine Abfolge von Bestärkungen des im Krieg entstandenen Bildes vom Anderen. Der Kontakt mit ‚dem Anderen‘, sei er von den auf dem [französischen] Territorium hinterlassenen Spuren und Stigmata mittelbar oder anlässlich der Besatzung Deutschlands direkt erfolgt, schloss für die große Mehrheit der Soldaten jegliche Fraternisierung und selbst Mitgefühl für die auch von den Deutschen erlittenen Leiden aus“.^[4] Auch die amerikanischen Besatzungstruppen hatten ein Fraternisierungsverbot zu beachten, das allerdings Ende September 1919 aufgehoben wurde.

2. Die Besetzung auf Grundlage der Bestimmungen des Versailler Vertrages

Das mit dem Versailler Friedensvertrag verbundene Rheinlandabkommen vom 28.6.1919 stellte die Rheinlandbesetzung auf eine völkerrechtliche Grundlage. Beide Vertragswerke traten am 10.1.1920 in Kraft. Das Rheinlandabkommen sah für das besetzte Gebiet sowohl unterschiedliche Besatzungsfristen als auch verschiedene Besatzungszonen vor. Die Franzosen rückten in die Pfalz und die südliche Rheinprovinz, nach Mainz und Wiesbaden vor. Die Amerikaner besetzten Koblenz und Umland,^[5] die Belgier den linksrheinischen Norden der Rheinprovinz von Aachen bis zum Rhein, während sich die Briten auf die „Kölner Insel“ konzentrierten. Zunächst war eine Besatzungszeit von 15 Jahren vorgesehen, gerechnet vom 10.1.1920 an, wobei die Räumung etappenweise erfolgen sollte. Voraussetzung für eine Räumung des besetzten Gebietes war allerdings die Erfüllung sämtlicher Vertragsbestimmungen. Die entmilitarisierte Zone rechts des Rheines erfuhr mit Inkrafttreten des Vertrages eine Ausdehnung auf 50 Kilometer. Höchste Zivilinstanz war die Interalliierte Rheinlandkommission (Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans, abgekürzt H.C.I.T.R.) unter Vorsitz des französischen Hohen Kommissars Paul Tirard.^[6] Dieser machte von seinen Kompetenzen großzügig Gebrauch. Der Aufsicht der Interalliierten Rheinlandkommission (abgekürzt „Irko“), die im Alltagssprachgebrauch häufig einfach „Rheinlandkommission“ genannt wurde, war auch die deutsche Verwaltung im besetzten Gebiet unterstellt. Ihre Kontrolle nahm sie in Form eines Systems von Bezirks- und Kreisdelegierten wahr, die den jeweiligen deutschen Verwaltungsstellen vor Ort an die Seite gestellt wurden.^[7] In der französischen Besatzungszone wurden folgende Bezirke eingerichtet: Bonn, Kreuznach, Mainz, Speyer, Trier und Wiesbaden. Die Rheinlandkommission besaß eigene, allerdings nicht klar abgegrenzte legislative Kompetenzen, die dem Schutz und dem Wohlergehen der Besatzungstruppen dienen sollten. Sie war berechtigt, die Gesetze des Reiches zu approbieren. Gleiches galt für Erlasse oberster Reichs- und Landesbehörden. Somit konnte die Rheinlandkommission de facto als oberste öffentliche Autorität im linksrheinischen Deutschland gelten. Für Bevölkerung, Politik, Verwaltung und Wirtschaft war es in den Folgejahren von nicht geringer Bedeutung, ob man sich im besetzten oder unbesetzten Teil der Rheinprovinz befand. Politische Äußerungen und „Agitation“, die im unbesetzten Gebiet über die Parteigrenzen hinweg allgemeine Zustimmung gefunden hätten, konnten im besetzten Gebiet kurzerhand zur Ausweisung führen.



Paul Tirard (1879-1945), französischer Oberkommissar und Präsident der Interalliierten Rheinlandkommission zwischen 1920 und 1930. (Landeshauptarchiv Koblenz)

Die von der deutschen Öffentlichkeit als unzumutbar empfundenen Bedingungen des Versailler Vertrags – umfangreiche Gebietsverluste, Besetzung weiterer, bedeutender Gebiete, Reduzierung der Streitkräfte auf ein 100.000-Mann-Heer usw. – bedeuteten für die junge Republik eine erhebliche Hypothek. Die Besetzung des linksrheinischen Reichsgebietes – soweit es beim Deutschen Reich verblieb – sowie die Bildung rechtsrheinischer Brückenköpfe beförderten insbesondere die besetzten Gebiete der von der Rheinlandbesetzung am stärksten betroffenen Rheinprovinz aus deutscher Sicht zu „nationalen Krisengebieten, denen auch im Reichsinteresse der größtmögliche Beistand zu leisten war“.^[8] Reich und Preußen waren somit in gleichem Maße an einer Lösung der zahlreichen mit der Besetzung verbundenen Probleme interessiert. Dies schlug sich unter anderem in der Einrichtung neuer Stellen nieder, etwa dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete in Koblenz.

Wie intensiv auch im alltäglichen Leben die Besatzungsfolgen zu spüren waren, verdeutlicht das Beispiel der Zeitumstellung: Vom 15.12.1918 bis zum Ende des Waffenstillstandes sowie erneut zwischen Oktober 1921 und Februar 1925 wurde im besetzten Gebiet auf die Westeuropäische Zeit umgestellt. Die Uhren wurden also um eine Stunde zurückgestellt.

Eine Besonderheit stellte das „Saargebiet“ dar, welches de facto aus der Rheinprovinz ausgegliedert und einem Sonderstatut des Völkerbundes unterstellt wurde. Nach einer 15-jährigen Übergangszeit sollte die Bevölkerung mittels Abstimmung selbst über die künftige staatliche Zugehörigkeit des Saargebietes entscheiden. Dominierend war in der Praxis der Einfluss Frankreichs, an der Spitze der militärischen Besatzungs-Verwaltung stand der französische General Joseph Louis Andlauer (1869-1956) („Administrateur Supérieur de la Sarre“). Am 4.4.1919 wurde im Saargebiet der Ausnahmezustand verkündet. Auf einem Plakatanschlag, gezeichnet von General Andlauer, stand unter anderem zu lesen^[9] :

„Durch die gegenwärtige Lage im Saarbecken treten ab Samstag, den 5. April für die gesamte Bevölkerung folgende Maßnahmen in Kraft: Jedes Zusammenstehen in den Dörfern wie auch außerhalb der Dörfer, wo es immer auch sein mag, ist verboten, eingeschlossen in dieses Verbot sind Zusammenkünfte in Gastwirtschaften, Kaffees und Privathäusern. Jede Ansammlung von mehr als 4 Personen wird mit Gewalt auseinandergewiesen.“

Diese Maßnahmen zeugen zum einen von dem durchaus nachvollziehbaren Sicherheitsbedürfnis der französischen Besatzungsmacht; sie können zum anderen bei der Erklärung des Unmutes der einheimischen Bevölkerung hilfreich sein, der zu einem gewissen Teil – aber eben nicht ausschließlich – auf der deutschen Propaganda, xenophoben Vorurteilen und aufgebauschten Einzelfällen beruhte.

3. Die Ausweitung der Besetzung in den Jahren 1920 und 1921



Angehörige der 'Roten Ruhrarmee', 1920.

Dass die Besetzung des linksrheinischen Rheinlandes durchaus befriedende Wirkung entfalten konnte, zeigte sich während des so genannten „Ruhrkrieges“. Infolge des misslungenen „Kapp-Lüttwitz-Putsches“ in Berlin im März 1920 kam es im rheinisch-westfälischen Industriegebiet zu einer Erhebung der kommunistisch dominierten „Roten Ruhrarmee“, die von Reichswehr und Freikorps mit großer Härte niedergeschlagen wurde und insgesamt etwa 1.600 Menschenleben forderte. Im linksrheinischen Besatzungsgebiet blieb es hingegen ruhig. Als Reaktion auf das Übergreifen deutscher militärischer Einheiten auf das entmilitarisierte Ruhrgebiet im Zuge der Kampfhandlungen gegen die „Rote Armee“ besetzten französische Truppen ab dem 6.4.1920 vorübergehend den Maingau, namentlich die Städte Frankfurt am Main, Darmstadt, Dieburg, Homburg und Hanau.

Das Deutsche Reich erfüllte die ihm im Versailler Vertrag und im Protokoll zu Spa auferlegten Verpflichtungen nur schleppend, insbesondere die Verzögerungen bei Demilitarisierung und Kohlelieferungen erregten in Paris Unmut. Die Konferenz von Paris legte am 29.1.1921 die Höhe der Reparationen fest. Für den Fall der Nichtannahme wurden Deutschland verschiedene Sanktionsmöglichkeiten vor Augen geführt: Zeitliche und geographische Ausdehnung der Rheinlandbesetzung, zoll- und handelspolitische Konsequenzen sowie das Veto gegen einen Völkerbundbeitritt des Deutschen Reiches. Der deutsche Außenminister Walter Simons (1861-1937, Amtszeit 25.6.1920-4.5.1921) bezeichnete die Forderungen vor der interalliierten Konferenz in London am 1.3.1921 schlichtweg als unerfüllbar. Nun war auch der englische Premierminister David Lloyd George (1863-1945, Amtszeit

1916-1922) zu Zugeständnissen gegenüber den französischen Sanktionsforderungen bereit. Die Konferenz billigte jedoch nicht die von Aristide Briand (1862-1932) favorisierte Besetzung des Ruhrgebietes, sondern zunächst lediglich ein von Großbritannien und Belgien vorgeschlagenes Ultimatum. Die Ententemächte drohten Deutschland mit einer Ausweitung der Besetzung für den Fall, dass die Zahlungen nicht bis zum 12. Mai erbracht würden. Da die deutsche Seite unnachgiebig blieb, rückten französische, belgische und englische Truppenverbände in die Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort (heute Stadt Duisburg) ein.

Während die Operation im Maingau als „einmalige Polizeimaßnahme“ gelten konnte, rechneten bei der Besetzung der rechtsrheinischen Brückenköpfe Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort viele mit einer längeren Sanktionsdauer. Handelte es sich 1920 um ein militärisch motiviertes Vorgehen, standen bei den Aktivitäten des Jahres 1921 wirtschaftspolitische Aspekte im Vordergrund. Die Besetzung der drei rechtsrheinischen Städte endete erst im Jahr 1925, als auch die inzwischen erfolgte Ruhrbesetzung aufgehoben wurde.

4. Die Ruhrbesetzung 1923 bis 1925



Ruhrbesetzung, 1923. (Bundesarchiv Bild 183-R09876 / CC-BY-SA 3.0)

Als die deutsche Seite mit der Zahlung der Reparationen – vor allem in Form von Holz- und Kohlelieferungen – nicht mehr nachkam, war dies für den französischen Ministerpräsidenten Raymond Poincaré (1860-1934) der Anlass, das Ruhrgebiet militärisch zu besetzen. Seit dem 11.1.1923 rück-

ten französische und belgische Verbände nach und nach vor, so dass das Kontingent der Besatzungstruppen an der Ruhr gegen Ende des Monats März eine Stärke von ca. 100.000 Soldaten erreicht hatte. Die Ausweitung der Besetzung hatte nicht etwa – wie von deutscher Seite häufig behauptet und befürchtet – eine Annexion des Ruhrgebietes zum Ziel, sondern die Sicherung „produktiver Pfänder“ („gage productif“) . Die Industrie des Ruhrgebietes wurde als Faustpfand betrachtet, das man für die Dauer der Besetzung produktiv für sich zu nutzen gedachte – eben so lange, bis die deutsche Seite wieder ihren Reparationsverpflichtungen nachkommen würde.

Die deutsche Reichsregierung reagierte mit dem Aufruf zum „passiven Widerstand“. Diese Maßnahme wurde vom Großteil der Bevölkerung mitgetragen: „Die Empörung, die der Einmarsch auslöste, war allgemein und ging durch alle Schichten“.^[10] So wandte sich etwa die der Sozialdemokratie nahe stehende „Essener Arbeiter-Zeitung“ „aus reinem nationalem Empfinden gegen die Vergewaltigung [...] heimatlichen Bodens“.^[11]

Ein auch in aktuellen Publikationen häufig abgebildetes Protestplakat gegen die Ruhrbesetzung bringt die Haltung weiter Teile der Bevölkerung zum Ausdruck: „Nein! Mich zwingt Ihr nicht!“.^[12] Diese Einstellung korrelierte mit den Worten des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Gustav Stresemann (DVP) (1878-1929). In einer Erklärung für die bürgerlichen Fraktionen des Reichstags führte dieser unter anderem aus: „Gegen die Vergewaltigung des deutschen Volkes, deutschen Bodens und deutscher Wirtschaft, gegen diesen Bruch geschriebener Verträge und ungeschriebener [...] rufen wir das deutsche Volk und die Gewissen der Völker zum Widerstande auf [...]. Frankreichs Ziel ist die Vernichtung Deutschlands [...]. Das wird ihm nicht gelingen“.

Die Situation spitzte sich zunehmend zu: Staats- und Kommunalbeamte widersetzten sich französischen Anordnungen, Eisenbahn- und Zechenarbeiter ignorierten die Anweisungen der Besatzungsmächte. Kaufmannschaft, Handwerk und Gastronomie beschlossen, gegenüber Belgiern und Franzosen keine Leistungen zu erbringen. Die Zechendirektoren verweigerten auf Geheiß des Reichskohlenkommissars die Kooperation mit den Wirtschaftsoffizieren der Gegenseite. Auf diese Weise sollten Kohlelieferungen an die Besatzungsmächte unterbunden werden.

Nun eskalierte die Lage vollends, denn die Besatzungsmächte antworteten am 29.1.1923 mit der Verhängung eines verschärften Belagerungszustandes. Arbeiter, Angestellte und Unternehmer, Staats- und Kommunalbeamte sowie Privatpersonen wurden festgenommen und häufig mit empfindlichen Geld- oder Haftstrafen versehen, wenn nicht zum Mittel der Ausweisung aus dem besetzten Gebiet gegriffen wurde.



Arbeiter aus Duisburg demonstrieren für die Beibehaltung des passiven Widerstands, 1923.

Tatsächlich blieb der passive Widerstand in den ersten Wochen nicht ohne Wirkung, beeinträchtigte er die lothringische Schwerindustrie zunächst erheblich. Doch größer noch waren die negativen Folgen für das Reich selbst. Nachdem die Franzosen den Eisenbahnverkehr in eigener Regie organisiert hatten, lief der Abtransport der Kohle wieder an, so dass die französische Stahlindustrie bald darauf wieder im gewohnten Umfang produzieren konnte. In Deutschland hingegen kam es zu Versorgungsengpässen, galoppierender Inflation und Mangelernährung weiter Bevölkerungskreise, was am 12.8.1923 schließlich zum Rücktritt der Regierung Cuno führte. Die Phalanx des passiven Widerstandes geriet allmählich in Auflösung, immer häufiger war in der Bevölkerung von Arbeitsaufnahme und Abbruch des Widerstandes die Rede. So sah sich die neue Reichsregierung unter Stresemann am 26.9.1923 gezwungen, das Ende des passiven Widerstandes zu verkünden.

Als letztlich erfolgreiches Unterfangen wertet Hans-Heinrich Nolte den passiven Widerstand des Jahres 1923, da dieser durch seinen grundsätzlichen Verzicht auf Gewalt „zur Verbesserung des Bildes von Deutschland in den angelsächsischen Ländern und damit langfristig zur Verbesserung der Lage des Landes“ beigetragen habe.^[13] Die geradezu konträre Position vertritt Gerd Krumeich, in dessen Augen der passive Widerstand dem Nationalsozialismus und dessen Methoden der Gewaltanwendung den Weg bereitere^[14] : „Weniger deutlich [...] ist bislang, wieweit auch faschistische Aktivitäten im weitesten Sinn von diesen Verhältnissen befördert und zu einer Art neuer Normalität

wurden. Die allein durch die Auswirkungen des ‚Ruhrkampfes‘ zu erklärenden neuen Interventionsformen mit z.T. hochpolitisierter öffentlicher Verwaltung verweisen auf diesen Zusammenhang. [...] immer wieder kam es zur ‚Zusammenarbeit‘ von staatlicher Verwaltung und Terrororganisationen und darüber hinaus zu der Verlegung von genuin staatlicher Sanktionsgewalt in die Hände privater Personen und Organisationen. [...] So war wohl das politisch wesentlichste Ergebnis des ‚Ruhrkampfes‘ von 1923 die allgegenwärtige Erfahrung von Gewalt im politischen Rahmen – eine erste Form der Selbstauflösung der Demokratie und eine Vorstufe der Übertragung der Macht an die politische Extreme, wie sie definitiv 1933 staatliche Realität werden sollte."

Mitunter nahmen passiver Widerstand und alliierte Gegenmaßnahmen in der Tat gewalttätige Züge an. Insbesondere das Freikorps „Oberland“ sowie das „Hanseatische Freikorps“ gingen gewaltsam gegen die französische Besatzung vor. Der später von den Nationalsozialisten glorifizierte Albert Leo Schlageter (1894-1923) verübte Sabotageakte auf französische Verkehrseinrichtungen und wurde nach seiner Ergreifung von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt. Seine Hinrichtung fand am 26.5.1923 auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf statt. Klaus Wisotzky weist jedoch darauf hin, dass der aktive, gewaltsame Widerstand „bei aller nationalen Emphase und bei aller Empörung“ in der Bevölkerung nur wenig Rückhalt besaß.

„Weltweite Aufmerksamkeit“ (Klaus Wisotzky) erregte der Zwischenfall, der sich am Karsamstag 1923, am 31. März, in der Krupp’schen Autohalle zutrug.^[15] Französische Soldaten hatten dort Lastkraftwagen beschlagnahmen wollen, was eine aufgebrachte Menge von mehreren Tausend Arbeitern zu verhindern versuchte, indem sie die Ausfahrt versperrte. In Panik geraten, bahnten sich die französischen Soldaten um sich schießend den Weg ins Freie. Getötet wurden dabei 13 Demonstranten. Dem Trauerzug am 10. April gab eine große Menschenmenge das letzte Geleit. Die Gewerkschaften sahen in dem Vorfall „den neuesten und furchtbarsten, aber keineswegs den einzigen Fall von Hinschlachtungen unbewaffneter Arbeiter durch den französischen Militarismus“.^[16]

Was die Ausweitung des besetzten Gebietes anbelangt, blieb der passive Widerstand erfolglos: Die letzten französischen Truppen verließen erst Ende Juli 1925 das Ruhrgebiet. Im Grunde endete erst jetzt der „kalte deutsch-französische Krieg“.^[17] Was auf deutscher Seite blieb, war ein politischer Flurschaden, nicht zuletzt in innenpolitischer Hinsicht. Das „administrative Chaos“,^[18] das kaum mehr überschaubare Kompetenzengeflecht, die mangelnde behördliche Koordination in vertikaler und horizontaler Hinsicht, die Akzeptanz von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele – Politik und Verwaltung trugen auf diese Weise dazu bei, die deutsche Demokratie bei der Bevölkerung nachhaltig zu delegitimieren und zu diskreditieren.



Beerdigung der 'Krupp-Opfer' auf dem Ehrenfriedhof in Essen, 10.4.1923.

5. Die Position der Besatzungsmächte gegenüber den verschiedenen Abtrennungsbestrebungen

Die historische Forschung in Deutschland und in Frankreich war sich lange Zeit nicht darüber einig, ob die Zurückdrängung Deutschlands bis auf die Rheingrenze zu den konstanten Kriegszielen Frankreichs gehörte.^[19] Wenngleich die Rheingrenze nicht mit letzter Konsequenz und vor allem nicht mit gleich bleibender Konstanz als Kriegsziel verfolgt wurde, scheint die Schlussfolgerung Anna-Monika Lauters plausibel: „Die Forderung nach der Rheingrenze – ob in Form einer Annexion, einer Neutralisierung, eines autonomen Protektorats oder der dauerhaften Besetzung – wurde in weiten Teilen aus Politik und Gesellschaft vertreten. Vor allem aber entwickelte sich ein Arsenal an Argumenten zur Begründung des französischen Anspruchs auf die linksrheinischen Gebiete, das nach dem Krieg weiter zur Verfügung stand“.^[20]

Die französische Öffentlichkeit war allerdings auch nach dem Ende des Krieges alles andere als einig, was die Zukunft des besetzten Gebietes anbelangte. Natürlich gab es – vor allem, aber nicht ausschließlich auf der politischen Rechten – eine „annexionsbereite französische Rhein-Lobby“, doch repräsentierte diese keineswegs die Bevölkerungsmehrheit.^[21] Selbst die Forderung einer Abtrennung des besetzten Gebietes von Deutschland oder wenigstens von Preußen war längst nicht Allgemeingut.^[22] Während die Presse in der französischen Provinz, im Süden und Westen des Landes, „offen und selbstverständlich“^[23] die Unterstützung des Separatismus forderte, verhielten sich die Pariser Zeitungen zurückhaltender. Dort waren solche Töne kaum zu vernehmen, was Anna-Monika Lauter mit der „Rücksichtnahme auf das internationale diplomatische Parkett“ begründet. Der Gedanke einer Trennung des Rheinlands vom übrigen Reich in Form eines eigenen Staates war vor allem bei Wissenschaftlern, Literaten und Journalisten populär. Die Initiative hierzu sollte allerdings von der rheinischen Bevölkerung ausgehen, nicht von außen oktroyiert werden.

Die Positionierung der französischen Kreisdelegierten gegenüber den autonomistischen und separatistischen Aktivitäten fiel recht unterschiedlich aus. Während der französische Bezirksdelegierte der Interalliierten Rheinlandkommission in Trier am 22.10.1923 seine Sympathie für die separatistische Sache bekundete, förderte der französische Kreisdelegierte im Restkreis Merzig-Wadern das Vorgehen der Separatisten nur „auf höhere Weisung“, während er ihnen in einigen Fällen sogar Einhalt gebot. Das unterschiedliche Verhalten der französischen Stellen brachte auf deutscher Seite der Reichsminister der Finanzen in einem Schreiben an das Reichsministerium für die besetzten Gebiete vom 24.11.1923 zur Sprache: „Während im belgisch besetzten Gebiet die Sonderbündler entwaffnet wurden, erhalten sie im französisch besetzten Gebiet fast überall tatkräftige Unterstützung durch die französischen Kreisdelegierten. Allerdings kann man grosse Verschiedenheiten im Verhalten der einzelnen Delegierten beobachten. Einzelne sind durchaus anständig und wirklich bestrebt, neutral zu sein[,] z.B. in St. Goar, Gemünd, Simmern; andere unterstützen die Sonderbündler heimlich oder indirekt, z.B. Kreuznach, Mayen, Ahrweiler; andere wieder führen offen die Geschäfte der Sonderbündler[,] z.B. Düren, Daun, Prüm, Birkenfeld etc.“.^[24]

Tirard hielt eine bundesstaatliche Lösung, also eine rheinische Autonomie innerhalb des Reichsverbands, nicht für ausreichend. Er setzte bei seinen Bemühungen auf eine Loslösung rheinischer Gebiete von Deutschland und die Gründung eines selbstständigen rheinischen Staates. So äußerte Tirard dem Trierer Oberbürgermeister Christian Stöck (1866-1953) gegenüber, wie dieser in seinen Erinnerungen festhält: „Er [Tirard] erklärte mir, die Schaffung eines Staates im Verbande des Deutschen Reiches genüge dem französischen Volke nicht, da sie nicht genügend Sicherheit gegen den preußischen Einfluß biete. [...] Seiner Ansicht [nach] sei es das beste, eine Art Conföderation zu bilden wie die Schweiz, bestehend aus je einer Republik Pfalz, Rheinhessen, Moselland etc.“.^[25]

Der mittlerweile in Paris stationierte General Charles Mangin (1866-1925) machte Poincaré gegenüber Vorschläge zur Errichtung einer „Rheinischen Republik“. Er lud Hans Adam Dorten (1880-1963), zu dem er immer noch Kontakt unterhielt, ein nach Paris, wo dieser sympathisierende Politiker und Journalisten treffen sollte, darunter auch den Herausgeber des „Le Matin“. Dieser wiederum versicherte Dorten der Unterstützung durch die französische Politik. Dorten solle nur seine Stärke, seinen Rückhalt in der rheinischen Bevölkerung unter Beweis stellen, dann werde ihm geholfen. Sobald die Dinge ihren Lauf nähmen, werde Mangin zur Unterstützung Dortens abgeordnet. Mangins Nachfolger General Jean-Marie Degoutte (1866-1938) wirkte in seiner Denkschrift vom 19.4.1921 auf eine Annexion des Rheinlands durch Frankreich hin.



Separatisten der Rheinischen Republik vor dem Kurfürstlichen Schloss in Koblenz, 22. November 1923. (Library of Congress)

Der Literat, Journalist, Politiker, Abgeordnete und Präsident der „Patriotischen Liga“ Maurice Barrès (1862-1923) galt einer der aggressivsten und einflussreichsten französischen Revanchisten.^[26] Er bemühte sich während der gesamten Besatzungszeit, die französische Politik in Richtung einer Annexion – und als eine solche immer unwahrscheinlicher wurde: in Richtung eines selbstständigen Rheinstaates – zu bewegen. Die Rheinländer, die er als halbe Gallier und halb-romanisch bezeichnete, beabsichtigte er Preußen-Deutschland zu entfremden und für die französische Kultur zu gewinnen.^[27] Gegen Ende seines Lebens – er starb am 5.12.1923 – favorisierte Barrès, der kurz zuvor noch das besetzte Gebiet bereist hatte, für das Rheinland die separatistische Variante in Form eines nördlichen und eines südlichen Rheinstaates.

Cum grano salis lässt sich festhalten: Während Belgier und Franzosen vor Ort durchaus Sympathien für eine Abtrennung des Rheinlands zumindest von Preußen – und somit auch für den Gedanken eines Rheinstaates – hegten, verhielten sich Amerikaner und Engländer zurückhaltend bis abweisend gegenüber den entsprechenden Protagonisten. Ein Beispiel hierfür ist der Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungsarmee Henry T. Allen (1859-1930). Dieser schildert in seinen Erinnerungen die Aktivitäten und Annäherungsversuche des Rheinstaatbefürworters Hans Adam Dorten^[28] :

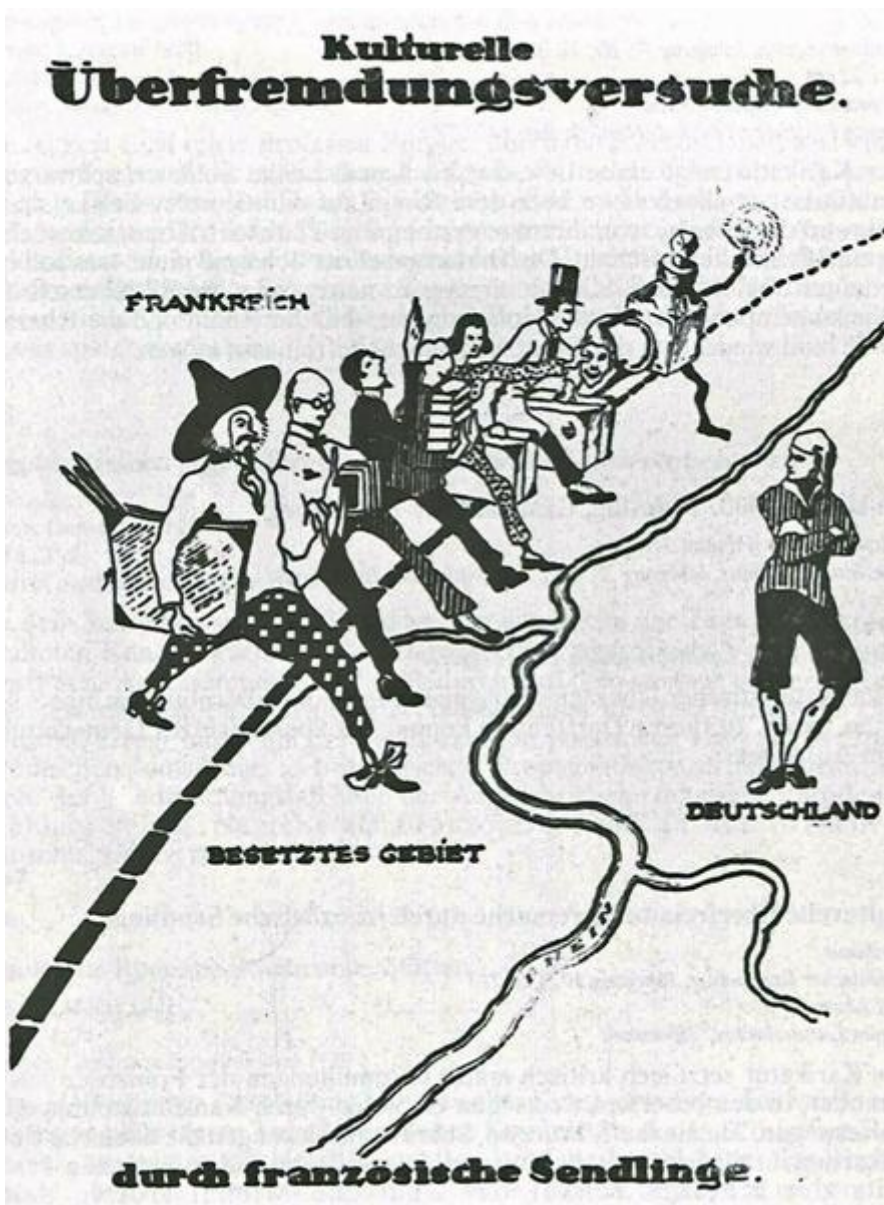
„Die Umtriebe Dr. Dortens in der amerikanischen Zone treten scharf in den Vordergrund. Ich bin nicht vollkommen sicher, ob unsere Politik, die jede Propaganda für eine Rheinrepublik untersagt, die richtige ist. Immerhin ist sie von unserem Großen Hauptquartier gebilligt und wird auch von den

Engländern verfolgt, während die Franzosen dem Dr. Dorten ihre weitestgehende Unterstützung und alle möglichen Erleichterungen zuteil werden lassen. Ich höre, daß General Gérard, der die 8. Armee in Landau kommandiert, für die Gründung einer ‚Pfalz-Republik‘, einer ‚Republik Mainz‘ und einer ‚Republik Köln‘ ist. Bei der geistigen Verfassung dieser Herren ist es wahrscheinlich, daß sie auch in Coblenz und Köln gerne ans Ruder kommen möchten. Meine eigene Ansicht über die in der amerikanischen Zone zu befolgende Politik ist die, den Deutschen soweit freie Hand zu lassen, als dies mit der Aufrechterhaltung der Ordnung und den Bestimmungen des Vertrages in Einklang gebracht werden kann.“

Da letztlich auch die Vertreter Belgiens und Frankreichs nicht entschieden zugunsten der Rhein-staatbefürworter – namentlich der Separatisten im Jahr 1923 – eingriffen, waren diese auf sich allein gestellt und somit zum Scheitern verurteilt.

6. Die Propaganda der französischen Seite

Von französischer Seite – oder treffender: von Tirard – wurde der Versuch einer „friedlichen Durchdringung“, einer „pénétration pacifique“ unternommen. Wichtiges Instrument für Pressepolitik und Propaganda war die Abteilung „Presse et Information“ in Koblenz, die dem französischen Kommissariat angegliedert war. Tirard ging recht unabhängig von der jeweiligen Regierung in Paris vor, was jedoch auch die Gefahr des Scheiterns in sich barg. Seine Werbekampagne für die französische Kunstaussstellung 1921 in Wiesbaden etwa scheiterte daran, dass sie keine offene Unterstützung seitens der Regierung erfahren hatte, weil diese den (wirtschaftlichen) Interessen der eigenen Bevölkerung mehr Beachtung schenkte als den Konzeptionen Tirards. Die (Kultur-)Propaganda Tirards hatte zwei Stoßrichtungen: Zum einen zielte sie auf die einheimische rheinische Bevölkerung ab, zum anderen auf die öffentliche Meinung in der französischen Heimat. Beide versuchte Tirard für den Gedanken zu gewinnen, dass von einer Eingliederung des besetzten Rheinlands in den französischen Staat alle Beteiligten nur profitieren könnten, dass – um es in moderneren Worten zu formulieren – zusammenzuführen sei, was zusammen gehöre.



Karikatur 'Kulturelle Überfremdungsversuche durch französische Sendlinge', Rheinischer Beobachter, Jahrgang 1923.

Was beinhalteten nun die Maßnahmen der „friedlichen Durchdringung“? Zunächst wurde das Terrain der Presse beschritten, um eine Steigerung der Wirkung der Kulturpropaganda zu erreichen. Seit dem 1.10.1920 erschien in Mainz eine zweisprachige Zeitschrift, die sich in transnationaler Perspektive dem internationalen Kulturaustausch verschrieben hatte, die „Rheinische[n] Blätter. Zeitschrift für Literatur, Handel, Gewerbe und Kunst“ oder französisch „La Revue Rhénane. Revue littéraire, économique et artistique“. Ihr ausdrückliches Ansinnen war nach eigenem Bekunden, die „geistige Verbindung zwischen Deutschland und Frankreich“ neu zu beleben: „Die ‚Rheinischen Blätter‘ sind überzeugt, dass eine auf den Verständigungswillen gestützte Annäherung, welche politisch sich zu vollziehen im Begriff ist, schon durch die einsichtigen Bemühungen und das aufrichtige Streben der hervorragendsten Geister beider Nationen eine teilweise Verwirklichung auf künstlerischem, literarischem und wirtschaftlichem Gebiet erfahren hat“.^[29]

Ein weiteres Mittel war das Angebot von Sprachkursen zur Erlangung französischer Sprachkenntnisse. Immerhin konnte Tirard im Dezember 1920 die Teilnahme von 12.485 Teilnehmern an französischen Sprachkursen im besetzten Gebiet verkünden. Allerdings war der Erfolg zweifelhaft: „Die Bewohner des besetzten Gebiets scheinen zwar durchaus daran interessiert gewesen zu sein, die französische Sprache zu erlernen, verbanden dies aber nicht mit einem gesteigerten Interesse an Frankreich und der französischen Kultur“.^[30] Darüber hinaus wurden Vortragsreisen französischer Wissenschaftler sowie Theater- und Filmaufführungen organisiert, jedoch mit nur mäßiger Anziehungskraft für die rheinische Bevölkerung.

Die französische Kulturpolitik am Rhein war also bei weitem nicht so erfolgreich – oder je nach Darstellung und Perspektive: bedrohlich –, wie dies von deutscher Seite häufig befürchtet beziehungsweise behauptet wurde.^[31] Eine Breitenwirkung erzielte die französische Propaganda in der deutschen Bevölkerung nicht, zumindest nicht im beabsichtigten Sinne.^[32] Dennoch war die „pénétration pacifique“ in der deutschen „Presse und Publizistik ein häufig behandeltes und emotional geladenes Thema“,^[33] allerdings unter den Gesichtspunkten des Abwehrkampfes.



Französische Panzerfahrer vor dem Landgericht in Duisburg, 1922.

Auch innenpolitisch führte Tirards Strategie nicht zum Erfolg, seine Bemühungen blieben in der französischen Öffentlichkeit fast ohne jegliche Resonanz. Ebenso scheiterte der Versuch, in Frankreich die Vorstellung von einem „rheinfränkischen“ beziehungsweise „rheinischen Brudervolk“ zu etablieren, dem man beistehen und das man von Preußen-Deutschland lösen müsse. Erfolg beschieden war dieser Art von Binnen-Propaganda lediglich in denjenigen Kreisen, welche Maurice Barrès, dem „Comité de la Rive Gauche du Rhin“ oder dem „Comité Dupleix“ nahe standen. Die französische Presse schenkte Tirards Aktivitäten kaum Beachtung. Schließlich wiesen die Interessen des französischen Mittelstandes, der die rheinische Konkurrenz fürchtete, Tirards Propaganda in ihre Grenzen.

Ansonsten wurde die französische Propaganda insbesondere während der Ausdehnung des besetzten Gebietes im Jahr 1923, in der Zeit des Passiven Widerstandes, aktiv, wovon zahlreiche Flugblätter und Plakate in den jeweiligen kommunalen und staatlichen Archiven zeugen:^[34] „Wohl zu keinem anderen politischen Ereignis gibt es so viele Plakate und Flugblätter wie zum Ruhrkampf“.^[35] Ziel der französischen Propagandakompanien war es, den „Kampf um die Oberhoheit in den Köpfen der Menschen, der von beiden Seiten mit großem Aufwand bestritten wurde“, zugunsten der französischen Seite zu entscheiden und somit den Widerstand auf der deutschen Seite in sich zusammenfallen zu lassen, ihm quasi die moralische Grundlage zu entziehen. Die französische Propaganda versuchte, antikapitalistische und antipreußische Ressentiments zu bedienen. Adressat war die einheimische Arbeiterschaft, die man an die blutigen Ereignisse während des „Ruhrkrieges“ im Jahr 1920 erinnerte und davor warnte, sich von wortbrüchigen Vertretern aus Schwerindustrie, Rechtsparteien und ostelbischem Junkertum instrumentalisieren zu lassen. Es gehe einzig und allein darum – so verkündeten französische Flugblätter –, „die Herren der Berliner Regierung, in welchen der alte Geist der preußischen Junker auflebt, dazu zu veranlassen, die von ihnen unterschriebenen Verträge nicht als Papierfetzen zu behandeln“.

Das französische Unterfangen, mittels intensiver begleitender Propaganda um Verständnis oder gar Zustimmung in der deutschen Bevölkerung zu werben, war schon zu Beginn der Operationen an der Ruhr zum Scheitern verurteilt, denn auch wenn der Widerstandswille der Bevölkerung mit fortwährendem „Ruhrkampf“ erlahmte – Sympathien für Frankreich wollten sich bei der großen Mehrheit nicht einstellen: „Die jahrelangen Bemühungen, die Menschen am Rhein für Frankreich einzunehmen, waren durch die Ruhrbesetzung endgültig zum Scheitern verurteilt“.^[36]

Eine weitere, tiefer greifende Maßnahme war die Ausweisung missliebiger Personen aus dem Besatzungsgebiet. Dies kann man durchaus als propagandistisches Mittel auffassen, konnte sich die französische Seite von solchen Maßnahmen doch nicht zuletzt abschreckende und disziplinierende Wirkung erhoffen. Das Procedere bei einer Ausweisung wurde dem Landrat des Kreises Mayen in einem Bericht vom 2.5.1923 geschildert: „Die Ausweisung nahm den gewöhnlichen Verlauf, indem Feldgendarmen in den Wohnungen der Ausgewiesenen erschienen und dieselben ins unbesetzte Gebiet abtransportierten. Soweit Familien vorhanden waren, mussten diese innerhalb 4 Tagen folgen“.^[37] Insgesamt wurden etwa 150.000 Personen seitens der französischen Besatzung ausgewiesen. Dabei handelte es sich um 40.000 Haushaltungsvorstände und 110.000 Familienangehörige. Allein in der Stadt Koblenz, dem Sitz des Oberpräsidenten Hans Fuchs, waren 1.500 Personen mit ihren Familien von der Ausweisung betroffen, darunter der Oberpräsident selbst – er wurde am 2. Februar 1923 ausgewiesen.

7. Propaganda und „Abwehrkampf“ der deutschen Seite

Die Propaganda der deutschen Seite war zunächst wenig aufeinander abgestimmt, ja regelrecht unkoordiniert, da die Kompetenzen zwischen der Reichsregierung und den einzelnen betroffenen Ländern nicht eindeutig geregelt worden waren. Zudem war die Kommunikation der nachgeordneten Behörden untereinander sowie zwischen nachgeordneten und Obersten Behörden mangelhaft. Zutage trat dies insbesondere in der Zeit der Ruhrbesetzung und des passiven Widerstandes.^[38] Vor allem zwei Institutionen waren es, welche die „Abwehr“ von deutscher Seite zu organisieren versuchten: das Reichsministerium für die besetzten Gebiete sowie die „Rheinische Volkspflege“ (RVP).

Das Reichsministerium für die besetzten Gebiete wurde durch einen Erlass des Reichspräsidenten vom 24.8.1923 errichtet. Ausschlaggebend war die Bildung des Kabinetts Stresemann im gleichen Monat. Hervorgegangen war das Ministerium aus der Abteilung IV des Reichsministeriums des Innern mit der Bezeichnung „Staatssekretariat für die besetzten rheinischen Gebiete“. Dieses wiederum war am 3.5.1921 als Zentralstelle für die Angelegenheiten der besetzten Gebiete geschaffen worden. Der Aufgabenbereich war breit gestreut und umfasste im Grunde alle Gebiete des öffentlichen Lebens, die von dem Einfluss der Besatzung betroffen waren. Das Reichsministerium für die besetzten Gebiete hatte zwei wesentliche Zielsetzungen: die Belange des Reiches im besetzten Gebiet gegenüber den Besatzungsmächten zu wahren und – wichtiger noch – die Vertretung der Interessen der besetzten Gebiete bei der deutschen Reichsregierung.^[39]

Am Rhein selbst wirkte seit Ende 1918 ein „Kommissar“, der die deutschen Interessen vor Ort im besetzten rheinischen Gebiet zu vertreten hatte. Zunächst wurde der Industrielle Otto Wolff (1881-1940) gleichsam als „Reichsinstanz für Besatzungsfragen“^[40] zum „Kommissar der deutschen Waffenstillstandskommission in den besetzten rheinischen Gebieten“ ernannt. Um Synergieeffekte zu nutzen und Reibungsverluste zu vermeiden, einigten sich Reich und Preußen auf die Schaffung eines gemeinsamen „Reichs- und Preußischen Staatskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete“ mit Sitz in Koblenz. Diesen Posten füllte zunächst – seit dem 19.6.1919 – auf preußischen Vorschlag der vor dem Ruhestand stehende Regierungspräsident von Köln, Karl von Starck (1867-1937), aus. Schließlich wurde das Kommissariat dem am 24.8.1923 errichteten „Reichsministerium für die besetzten Gebiete“ unterstellt, bevor es am 30.9.1930 aufgelöst wurde.



Plakat: Hände weg vom Ruhrgebiet!, Grafiker: Theo Matejko. (Bundesarchiv Plak 002-012-025)

Bei der „Rheinischen Volkspflege“ handelte es sich um eine nichtamtliche „Tarnorganisation“, die im Auftrag der Reichsregierung die antifranzösische Propaganda im Westen finanzierte und koordinierte. Sie war im Juni 1920 aus der im August 1919 im besetzten Gebiet zur Abwehr der Absonderungsbestrebungen eingerichteten „Beigestelle“ (B.-G.-Stelle [Referat]) der „Reichszentrale für Heimatdienst“ (RfH) hervorgegangen. Nach der Errichtung des Staatssekretariates für die besetzten Gebiete im Reichsministerium des Innern im Mai 1921 wurde die RVP diesem Staatssekretariat unterstellt. Im Jahre 1922 wurde sie als „nachgeordnete Stelle nichtamtlichen Charakters“ bezeichnet, seit 1923 stand sie unter der Dienstaufsicht des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete, trat nach außen jedoch als private Organisation auf. Zum 30.9.1930 wurde die RVP aufgelöst.^[41] Fortbildungsmaßnahmen für Historiker und Lehrer gehörten ebenso zu ihrem Aufgabenprofil wie die Publikation propagandistischen Schrifttums. Zu den geförderten Autoren zählten unter anderem Bruno Kuske, Hermann Oncken (1869-1945), Aloys Schulte und Paul Wentzcke.

Eine tragende Rolle im „Abwehrkampf“ kam dem Begründer und Direktor des Düsseldorfer Stadtarchivs Paul Wentzcke zu, der von 1926 bis 1933 Leiter des Historischen Museums der Stadt und von 1928 bis 1933 Vorsitzender des Düsseldorfer Geschichtsvereins war. Wentzcke agierte an der Schnittstelle von historischer Wissenschaft, Verwaltung und Politik und wurde während der gesamten Besatzungszeit – sowie auch darüber hinaus – nicht müde, den deutschen Charakter des Rheins gegen alle tatsächlichen oder vermeintlichen Bedrohungen in scharfer, nationalistischer Form hervorzuheben. Dabei verhehlte der aus einer protestantischen preußischen Beamtenfamilie stammende Burschenschafter Wentzcke seine antisozialistische Einstellung nicht. Und man kann hinzufügen: auch die antiallierte, insbesondere antifranzösische nicht. Die Vorbereitungen zur rheinischen Jahrtausendfeier veranlassten ihn, sich in mehreren Publikationen (1923, 1925, 1929-1934) dem „Abwehrkampf“ an Rhein und Ruhr zu widmen. Er war auch maßgeblich an dem Zustandekommen der im Sinne des „Abwehrkampfes“ kommentierten Bibliographie „Zehn Jahre Rheinlandbesetzung“ beteiligt, die der Direktor der Pfälzischen Landesbibliothek Speyer, Georg Reismüller, und dessen Mitarbeiter Josef Hofmann zusammenstellten und 1929 veröffentlichten.^[42]

Die Nachrufe auf Wentzcke zeugen nicht nur von dessen politischer Einstellung beziehungsweise seiner geistigen Haltung, von dessen deutsch-national inspiriertem Kampf gegen die Rheinlandbesetzung sowie gegen jegliche Tendenzen zur Trennung des besetzten Gebietes von Preußen beziehungsweise von Deutschland, sondern auch von der recht unkritischen Sicht, die man in weiten Bevölkerungskreisen – auch in der Geschichtswissenschaft und im Archivwesen – zu Beginn der 1960er Jahre noch auf das Phänomen des „Abwehrkampfes“ während der Rheinlandbesetzung hatte.^[43] Sie bieten somit einen Blick in die Rezeptionsgeschichte der Besatzungszeit. Die jüngere Forschung setzt andere Maßstäbe an: „Wentzcke gehörte zu den aktivsten rechtsradikalen, antiwestlichen Publizisten im Rheinland während der Weimarer Republik“.^[44]



Karikatur 'Reiche Kohlenbeute' im Kladderadatsch. (Universitätsbibliothek Heidelberg)

Die Nachrufe auf Wentzcke zeugen nicht nur von dessen politischer Einstellung beziehungsweise seiner geistigen Haltung, von dessen deutsch-national inspiriertem Kampf gegen die Rheinlandbesetzung sowie gegen jegliche Tendenzen zur Trennung des besetzten Gebietes von Preußen beziehungsweise von Deutschland, sondern auch von der recht unkritischen Sicht, die man in weiten Bevölkerungskreisen – auch in der Geschichtswissenschaft und im Archivwesen – zu Beginn der 1960er Jahre noch auf das Phänomen des „Abwehrkampfes“ während der Rheinlandbesetzung hatte.^[43] Sie bieten somit einen Blick in die Rezeptionsgeschichte der Besatzungszeit. Die jüngere Forschung setzt andere Maßstäbe an: „Wentzcke gehörte zu den aktivsten rechtsradikalen, antiwestlichen Publizisten im Rheinland während der Weimarer Republik“.^[44]

Eine wichtige und prominente Rolle spielte auch das 1920 an der Bonner Universität gegründete Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande (IGL). Dort machte sich der Einfluss der politisch-kulturell inspirierten „Heimatabewegung“ bemerkbar. Das Institut, das eine Brücke zwischen

landes- sowie volkskundlicher Forschung und nichtakademischer Heimatgeschichte schlug, hatte laut dem Ordinarius für rheinische Landesgeschichte, Franz Steinbach, die Aufgabe, „die preußische Hochschule am Rhein in immer engere Fühlung mit der rheinischen Bevölkerung zu bringen“. [45] Angesichts der politischen Gesamtsituation – Rheinlandbesetzung, Eigenbestrebungen in verschiedenen Regionen Preußens und des Reiches, Bedrohung der Republik von den politischen Rändern her – beförderten die Protagonisten die Verbindung von regionaler und nationaler Identität. Mit anderen Worten: „Oberstes Ziel einer rheinischen Geschichte musste es in dieser kritischen Lage sein, das Rheinland durch die Jahrhunderte hindurch als deutsches Land zu erweisen“. [46]

Der in der „Westforschung“ engagierte Landes- und Wirtschaftshistoriker Hermann Aubin, Begründer des Bonner Instituts, war bemüht, eine im „nationalen Abwehrkampf“ brauchbare rheinische Stammes-Identität zu kreieren. Indem er die Disziplin der „Geschichtlichen Landeskunde“ dem politischen Abwehrkampf, den volks- und nationalpolitischen Interessen dienstbar machte, begab sich Aubin „dauerhaft in das Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik“. [47] Er war mitverantwortlich für die „Politisierung historischer Forschung“. Die Berliner Behörden erhofften sich von Aubins West- und Kulturraumforschung „nützliche geschichtspolitische Argumente zur Abwehr sowohl der französischen Rheinpropaganda als auch des rheinischen Separatismus“. [48] Die Westforschung war somit letztlich Teil einer „gesamtgesellschaftlich angelegten Bewegung gegen den Versailler Vertrag und gegen die französische Rheinlandbesetzung“. [49]

Auch das Programm des Vorsitzenden der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, des nationalliberalen Kölner Stadtarchivars Joseph Hansen (1862-1943), für die Veröffentlichung einer rheinischen Geschichte atmet in jeder Zeile die nationale Zielsetzung und zeugt von der Instrumentalisierung der regionalen Geschichte beziehungsweise der regionalen Identität im Dienste des nationalen Gedankens: „Das Bedürfnis nach einer Geschichte des Rheinlandes ist aber neuerdings in der Lage, in die unser Gebiet durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges versetzt worden ist, in verstärkten (!) Maße hervorgetreten. Die deutsche Westmark, von der wir glaubten, daß die Gefahr fremden Übergriffs auf sie für immer beseitigt sei, erscheint uns heute nicht mehr als sicherer eigener Besitz, sondern als heiß umstrittener Kampfpfeis der Fremden. Wenn infolge des verlorenen Krieges ganz Deutschland wieder Tummelplatz fremdländischen Machtstrebens geworden ist, so muß das von den Armeen der Kriegsgegner besetzte Rheinland jetzt den Kelch politischer Demütigung bis zur Neige leeren, und die Unversehrtheit des nationalen Territoriums erscheint auf das äußerste gefährdet“. [50]

Es entbehrte somit nicht jeglicher Grundlage, wenn der französische Schriftsteller und Nationalist Maurice Barrès von seiner französischen Warte aus konstatierte: „Les professeurs allemands qui faisaient du pangermanisme dans les chaires de Strasbourg font du pangermanisme dans les chaires de Bonn. Ils travaillaient à installer la Prusse en Alsace et en Lorraine; ils travaillent aujourd’hui à maintenir la Prusse en Rhénanie“. [51]

Auch die Wirtschaftswissenschaften waren nicht frei von politischen Zielvorgaben, die sich im Wirken verschiedener Forscher niederschlugen. So waren beispielsweise die Beziehungen des in Köln lehrenden Wirtschaftswissenschaftlers und -geographen Bruno Kuske „zur provinziellen Landesplanungsgemeinschaft, zur Rheinischen Volkspflege und deren Gegenprogramm zur Kulturpropaganda der französischen Besatzungsmacht, zum Bonner Institut für geschichtliche Landeskunde [...] sehr

eng“.^[52] Es war Kuskes Schrift „Rheingrenze und Pufferstaat. Eine volkswirtschaftliche Betrachtung“,^[53] die als erste Publikation von der Rheinischen Volkspflege finanziert wurde und „eine herausragende Stellung im Gesamtprogramm der RVP“^[54] einnahm. Für Kuske selbst war dies der „Einstieg in eine konstante antifranzösische und antiseparatistische Publizistik“. Er avancierte in der Folgezeit zu einem der bedeutendsten West- und Raumforscher, hob zunehmend seine nationale Gesinnung hervor und war auch an der Kölner Jahrtausendfeier im Jahr 1925 maßgeblich beteiligt. Kuskes Schüler Albert Pass gab seit 1919 die Zeitschrift „Das Rheinland. Zeitungskorrespondenz für die Erhaltung der deutschen Art am Rhein“ heraus, in der auch Kuske und Wentzcke im geschilderten Sinne Aufsätze publizierten. Der Kölner Handelshochschuldirektor Christian Eckert (1874-1952) sah die Funktion der neugegründeten Kölner Universität in einer Denkschrift vom 11.3.1919 darin, „ein Bollwerk des deutschen Geistes in den gefährdeten Rheinlanden“ zu bilden.

Die deutsche Propaganda verstand sich also als Abwehr-Maßnahme, als einen nationalen Befreiungs- und Abwehrkampf mit dem Ziel einer baldigen Räumung des besetzten Gebietes und zur Verhinderung von befürchteten Annexionen. Eine Karikatur im „Kladderadatsch“ vom 19.2.1928 mit dem Titel „Historischer Maskenzug“ steht stellvertretend für eine im Rheinland und im übrigen Deutschland weit verbreitete Auffassung, der zufolge Frankreich seit jeher eine aggressive Expansionspolitik in Richtung Osten betrieben habe: Die Kontinuität reicht - der bildlichen Darstellung gemäß - vom Dreißigjährigen Krieg („1634“) über die Zeit der Revolutionskriege beziehungsweise der Cislethanischen Republik („1793“), über Napoleon I. („1805-1813“) bis hin zur Zeit des Ersten Weltkrieges und der anschließenden Besatzungszeit („1914-19??“ [!]). Der auf der Karikatur selbst vermerkte Ausruf „Nach Deutschland!“ wird ergänzt durch den ironischen Wortlaut der Bildunterschrift: „Frankreich braucht Sicherheit, damit es seine geschichtlichen Raub- und Brandzüge ins wehrlose Deutschland auch fernerhin ausführen kann“.^[55]

Auf dem Höhepunkt des Ruhrkampfes 1923 war die deutsche Propaganda gegenüber der französischen Seite im Vorteil, denn sie konnte auf die Emotionen und Gefühle der einheimischen Bevölkerung abzielen, während die alliierte Propaganda fernab der Heimat wirken musste und sich eher auf die Vermittlung nüchterner Fakten stützte, welche die Berliner Regierung bei der eigenen Bevölkerung diskreditieren sollten.

Welch drastischer Sprache und übertriebener Bilder sich die deutsche Propaganda häufig bediente, dokumentiert ein Flugblatt mit dem Titel „Der französische Bolschewismus im Ruhrgebiet“, das sich - ähnlich den oben geschilderten, gegenläufigen französischen Bemühungen - gängige Klischees und Ressentiments zunutze macht^[56] : „Wollen wir die französisch-belgischen Räuber und Mörder immer noch dulden? Wollen wir uns die Brutalitäten, die Raub- und Mordtaten, die Schmähungen, Schändungen, die Ausweisungen und die bestialischen Schikanen an allen Orten von den französisch-belgischen Einbrechern immer noch gefallen lassen? Oder müssen wir uns in unserer Heimat von eingebrochenen Wüstlingen wie Hunde behandeln lassen? Wollen wir immer noch zusehen, wie die französisch-belgischen Eindringlinge [...] unsere Bürger hinschlachten? Wollen wir es immer noch über uns bringen, daß französisch-belgische Blutgerichte unschuldige Deutsche zu bestialischen Todesstrafen, zu unmenschlichen Gefängnisstrafen und zu wucherischen Geldstrafen verurteilen?“

Bei aller Intensität der Propaganda auf beiden Seiten hat es doch den Anschein, dass die Tätigkeiten auf diesem Gebiet nicht den Ausschlag gaben für Erfolg oder Misserfolg einer politischen oder

militärischen Initiative.



Karikatur 'Historischer Maskenzug' im Kladderadatsch. (Universitätsbibliothek Heidelberg)

8. Der Einsatz von Kolonialtruppen in den besetzten Gebieten

Die Reaktionen auf den Einsatz von Kolonialtruppen auf Seiten der Alliierten gehören zu den dunkelsten Kapiteln der Besatzungszeit im Rheinland. In vielen rheinischen Städten wurden, vor allem auf französischer Seite, Kolonialtruppen – in der Mehrzahl aus Nordafrika – eingesetzt. Insgesamt dürfte es sich um circa 30.-40.000 schwarze Soldaten gehandelt haben. Anlässlich der französischen Besetzung des Maingaus im April 1920 erfuhr die deutsche Öffentlichkeit erstmals von dem Einsatz schwarzer Kolonialtruppen auf Seiten der Alliierten. In weiten Teilen der einheimischen Bevölkerung kam es in diesem Zusammenhang zu Unmutsäußerungen und Kampagnen, die rassistische Züge trugen: Von „Wilden“, „Primitiven“, „Schwarzer Schmach“ sowie „Schwarzer Schande“ war die Rede, den schwarzen Soldaten wurden sexuelle Übergriffe und Grausamkeiten gegenüber

der Zivilbevölkerung unterstellt.

Die Empörung reichte von der Reichsspitze bis hinab auf die lokale Ebene, erfasste Vereine, Parteien und Parlamente. Dabei finden sich in nahezu allen Resolutionen, Petitionen, Interpellationen, Plakaten und Flugblättern rassistische Versatzstücke. Recht bald nach Bekanntwerden des Einsatzes schwarzer Besatzungstruppen legten alle Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der radikalen Linken der Reichsregierung eine Interpellation vor, in der gängige Vorwürfe und Ressentiments aufgelistet wurden^[57] : „Franzosen und Belgier verwenden auch nach Friedensschluß farbige Truppen in den besetzten Gebieten der Rheinlande. Die Deutschen empfinden diese mißbräuchliche Verwendung der Farbigen als eine Schmach und sehen mit wachsender Empörung, daß jene in deutschen Kulturländern Hoheitsrechte ausüben. Für deutsche Frauen und Kinder – Männer wie Knaben – sind diese Wilden eine schauerliche Gefahr. Ihre Ehre, Leib und Leben, Reinheit und Unschuld werden vernichtet. Immer mehr Fälle werden bekannt, in denen Farbige [!] Truppen deutsche Frauen und Kinder schänden, Widerstrebende verletzen, ja töten. Nur der kleinste Teil der begangenen Scheußlichkeiten wird gemeldet. Schamgefühl, Furcht vor gemeiner Rache schließen den unglücklichen Opfern und ihren Angehörigen den Mund. Auf Geheiß der französischen und belgischen Behörden sind in den von ihnen besetzten Gebieten öffentliche Häuser errichtet, vor denen farbige Truppen sich scharenweise drängen, dort sind deutsche Frauen ihnen preisgegeben! Diese Zustände sind schandbar, erniedrigend, unerträglich! In der ganzen Welt erheben sich immer mehr entrüstete Stimmen, die diese unauslöschliche Schmach verurteilen. Sind diese menschenunwürdigen Vorgänge der Reichsregierung bekannt? Was gedenkt sie zu tun?“



Inder in Köln, ca. 1919.

Der Velberter Bürgermeister Leo Tweer (1881-1960), in dessen Stadt Soldaten des 7. Kolonialregiments einquartiert worden waren, berichtete am 23.2.1923 an den Landrat: „Das Auftreten dieses echten unverfälschten uniformierten Negertyps hat, wie dies selbstverständlich, in der gesamten Bevölkerung gewaltige Erregung und Unruhe hervorgerufen“.^[58]

Durch die mediale Verbreitung der Anschuldigungen gegen die Kolonialtruppen in verschiedenen europäischen Ländern – insbesondere natürlich im besetzten und unbesetzten Deutschland – steigerte sich die Stimmung zu einer regelrechten Hysterie: Im April 1921 erschien ein Film mit dem Titel „Die schwarze Schmach“, im gleichen Jahr Guido Kreutzers Roman „Die schwarze Schmach. Der Roman des geschändeten Deutschland“ und 1922 Paul Hains Machwerk „Mbungo Mahesi, der Kulturträger vom Senegal“; der „Deutsche Notbund gegen die schwarze Schmach“ rief eine Zeitschrift mit dem Titel „Die Schmach am Rhein“ ins Leben. Die Kampagne, die ungeschminkt rassistische Züge trug, ging „weit über die extremistischen Milieus hinaus“^[59] bis tief in das Lager der politischen Linken sowie in feministische Kreise hinein. Internationale Frauenvereinigungen in Großbritannien, Frankreich, Schweden und den USA forderten den Abzug der schwarzen Truppeneinheiten.

So verwundert es nicht, dass die deutsche Seite im Rahmen des Passiven Widerstandes infolge der Ruhrbesetzung erneut zu rassistischen und xenophoben Stereotypen griff: Beklagt wurde auf anonymen Flugblättern das „Heranbringen farbiger Truppen“. Oder man gab die Anweisung: „Die schwarzen Tiere sind nun da. Wie soll man sie behandeln? Bestien muß man entweder zähmen oder niederschlagen. Zähmt sie durch Furcht oder Angst! Aber wenn sie nicht wollen oder sich als Bestien betragen, dann –“. Auf einem Flugblatt mit dem Titel „Heeresbericht“ stand zu lesen: „Die Vereinigte Oberste Heeresleitung: Poincaré Der scharfe Ede ehem. Zuhälter zehnfacher Raubmörder und Bambula Obernigger und Meisterschänder König aller Sudanesen“.^[60]



Französische Propagandapostkarte, Bonn 1922.

Befeuert wurden Furcht und Abneigung gegenüber den schwarzen Truppenkontingenten auch durch deren Wahrnehmung in den Staaten der Entente, nicht zuletzt in Frankreich selbst. Mitunter wurden dort ähnliche Gräuelmärchen verbreitet wie auf der gegnerischen, der deutschen Seite. So schildert der französische Kriegsteilnehmer und Literat Gabriel Chevallier (1895-1965) in seinem 1930 erschienenen Antikriegsroman „La Peur“ wie er den Durchzug schwarzer Einheiten auf dem Weg zur Front zu Kriegsbeginn erlebte: „Und dann kommen die Schwarzen, die man schon von weitem an ihren weißen Zähnen in den dunklen Gesichtern erkennt, die kindlichen, grausamen Schwarzen, die ihre Gegner enthaupten und ihnen die Ohren abschneiden, um sie sich dann als Amulette umzuhängen. Ein besonders erfreuliches Detail. Feine Kerle diese Schwarzen! Man gibt ihnen zu trinken, man liebt sie, man liebt diesen kräftigen Geruch, diesen exotischen Weltausstellungsgeruch, der bei ihrem Vorbeimarsch in der Luft liegt“.^[61] Obgleich der Schilderung keine rassistische Weltanschauung zugrunde liegt, könnte der Text – geringfügig moduliert und etwas anders akzentuiert – ebenso gut von der antifranzösischen Agitation der deutschen Seite während der Besatzungszeit stammen.

Ein trauriges Schicksal mussten viele „Mischlings“- oder „Bastardkinder“ – so der damalige amtliche Sprachgebrauch – erleiden, also Kinder, deren Väter schwarze Besatzungssoldaten waren: 1933 wurden sie auf Geheiß der nationalsozialistischen Machthaber hin statistisch erfasst und wenige Jahre später, 1937, zwangssterilisiert.

9. Die Jahrtausendfeiern im Jahr 1925

Ein Höhepunkt der deutschen Propaganda-Tätigkeit waren ohne Zweifel die „Jahrtausendfeiern“, die wenige Monate vor der Räumung der Kölner Besatzungszone stattfanden und das an und für sich recht unbedeutende Ereignis von 925 – die Rückkehr Lotharingiens/Lothringens zum ostfränkischen Reich – zum Gegenstand hatten. Dass man für diese Zeit noch nicht von „Deutschland“ und „Frankreich“ beziehungsweise von „Deutschen“ und „Franzosen“ sprechen kann, darf heute als un-

bestritten gelten. In der Zwischenkriegszeit galt es hingegen auf beiden Seiten auch in wissenschaftlichen Kreisen als selbstverständlich, sowohl die eigene als auch die gegnerische Seite bis auf „die Gallier“ und „die Germanen“ zurückzuführen und dies jeweils mit Frankreich beziehungsweise „den Franzosen“ und Deutschland beziehungsweise „den Deutschen“ zu identifizieren.^[62] Spiritus rector der Feierlichkeiten^[63] war der damalige Direktor des Stadtarchivs Düsseldorf, Paul Wentzcke, der seit Dezember 1918 der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) angehörte.^[64] Verschiedene Ausschüsse waren mit der Vorbereitung der Feierlichkeiten und der Jahrtausendausstellung befasst: Bruno Kuske gehörte dem zentralen Arbeitsausschuss an und gab gemeinsam mit dem Historiker und Museumsdirektor Wilhelm Ewald (1878-1955) den „Katalog der Jahrtausendausstellung der Rheinlande in Köln 1925“ heraus, der Geschichtsausschuss war mit Historikern wie Hermann Aubin und Aloys Schulte sowie mit Kommunalarchivaren wie Joseph Hansen (Köln) und Paul Wentzcke (Düsseldorf) bestückt, während sich im Industrieausschuss Abgesandte von Handelskammern und verschiedenen Wirtschaftszweigen zusammenfanden. Doch auch die Lokalpolitik – namentlich der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer – engagierte sich an exponierter Stelle bei den Vorbereitungen, war dies doch für die jeweilige Kommune eine willkommene Gelegenheit, um öffentlichkeitswirksam die Anhänglichkeit des besetzten Gebietes an das unbesetzte Deutschland zu demonstrieren. Sonderzüge brachten viele „Rheinländer“ aus dem gesamten Reichsgebiet zu den Orten der Feierlichkeiten, so etwa Anfang Juli den „Verein der Rheinländer“ aus dem ostpreußischen Insterburg mit 780 Teilnehmern nach Köln.^[65]



Propagandaplakat 'Protest der deutschen Frauen gegen die farbige Besatzung am Rhein', Deutsches Reich, ca. 1923.

In erster Linie ging es den Organisatoren darum, „vor allem gegenüber der französischen Besatzungspolitik sowie den Separatistenbewegungen eine politische Demonstration und ein sichtbares Bekenntnis des eigenen deutschen und rheinländischen Zugehörigkeitsgefühls und Selbstverständnisses“^[66] abzulegen. Insofern war es – nach den nicht allzu weit zurückliegenden Erfahrungen von Passivem Widerstand und separatistischen Aktionen – eben nicht besonders „erstaunlich, mit welcher Begeisterung und Intensität im Jahr 1925 die so genannte Jahrtausend[d]feier der Rheinlande begangen“ wurde.

Doch nicht nur in der Rheinprovinz, sondern auch in zahlreichen anderen deutschsprachigen Regionen innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen fanden entsprechende Festivitäten statt, so etwa in Schleswig, Kiel, Berlin, Königsberg, Danzig, München, Innsbruck und Wien, maßgeblich initiiert vom „Reichsverband der Rheinländer“ beziehungsweise dem „Rheinischen Heimatbund“ unter Paul Kaufmann. In Danzig wurde beispielsweise zwischen dem 31. August und dem 5. September 1925 eine „Rheinische Woche“ ausgerichtet.

Musikalische Veranstaltungen gehörten zum Kernprogramm fast jeder einzelnen Feier. Aufgeführt wurden im Grunde flächendeckend Beethovens 9. Sinfonie, also die „Ode an die Freude“, sowie der Lobgesang auf „Die heilige deutsche Kunst“ aus der Schlusszene von Richard Wagners „Meistersingern“. Das 94. Niederrheinische Musikfest unter Mitwirkung von Richard Strauss (1864-1949) war ein Bestandteil der Kölner Jahrtausendfeier. Der Komponist und Musikredakteur Hermann Unger (1886-1958) bezeichnete diese im Programmheft als „wichtige und feierliche Gesinnungsbekundung“.^[67] In Duisburg kamen unter anderem Gustav Mahlers Achte Sinfonie sowie Carl Maria von Webers Oper „Oberon“ zur Aufführung.

Überraschen mag die Aufführung des Festspiels „Heinrich aus Andernach“ aus der Feder Fritz von Unruhs (1885-1975). Als „eindeutig friedensstiftendes Symbol“ wird der Leichnam eines deutschen Unbekannten Soldaten, der allerdings für alle Weltkriegstoten steht, „als Aufforderung zum Frieden in die verfeindeten Länder verbindenden Rhein versenkt“.^[68]

10. Die Befreiungsfeiern

Mit dem Jahr 1926 begann die Räumung des besetzten Gebietes, die sich an den Besatzungszonen orientierte. Begleitet wurde der Abzug der Besatzungstruppen von Befreiungsfeiern, die insbesondere in den Städten größere Ausmaße annahmen und politische Prominenz aus dem unbesetzten Gebiet anzogen. So versammelte sich am 1.2.1926 nach dem Abzug der französischen Besatzungstruppen eine große Menschenmenge auf dem Marktplatz vor dem Bonner Rathaus, während sich im Juli 1930 nach dem Abzug der letzten alliierten Truppenteile mit Reichspräsident Paul von Hindenburg (1847-1934, Amtszeit als Reichspräsident 1925-1934) sogar der höchste Repräsentant der Weimarer Republik auf eine Reise durch die geräumten rheinischen Gebiete machte. Dabei kam es gegen Ende der Feierlichkeiten in Koblenz am 22.7.1930 zu einem Unglück, das 38 Menschenleben forderte, als eine Stegbrücke über die Mosel unter der Masse der abströmenden Besucher einstürzte.

Auch Paul Wentzcke trat erneut hervor: „Der Höhepunkt seiner Tätigkeit als Vereinsleiter [des Düsseldorfer Geschichtsvereins] war 1930 die glanzvolle, von der Freude über die Räumung des Rheinlandes getragene Feier des 50jährigen Bestehens des Vereins im Schloß Benrath“.^[69]



Plakat zur Jahrtausendausstellung in Aachen, 1925. (Stadtarchiv Aachen)

Mit nationalem Pathos und Deutschtümelei – allein elf Zeilen des abgedruckten dreistrophigen Gedichtes beginnen mit dem Wort „Deutsch“ – reichlich ausgestattet war das holzschnittartige Titelblatt der „Neuwieder Zeitung“ zur Rheinlandbefreiung vom 1.12.1929. Dort hieß es unter der Überschrift „Frei! Frei der Rhein!“:^[70]

Der mediale Fortschritt wirkte sich auch auf die Feierlichkeiten anlässlich des endgültigen Endes der Rheinlandbesetzung aus, nicht zuletzt in Form von Rundfunksendungen. Die offizielle Kölner Befreiungsfeier vom 21.3.1926 anlässlich der Räumung der ersten Besatzungszone etwa, die in der großen Halle des Rheinparks mit Johann Sebastian Bachs g-moll-Phantasie begann und mit Friedrich Schillers „Ode an die Freude“ aus Beethovens 9. Sinfonie endete, wurde im Rundfunk – von der „Westdeutschen Funkstunde AG“ (WEFAG) – direkt übertragen. Ähnliches gilt für die Befreiungsfeiern am 30.11.1929 in Aachen, am 1. Dezember in Koblenz sowie am 15. Dezember in Bad Ems, nur teilten sich dieses Mal die „Westdeutsche Rundfunk AG“ (WERAG) sowie ihr südwestdeutsches Pendant, die SÜWRAG, die Verantwortung.

11. Die Resonanz in Kunst und Kultur

Im kulturellen Bereich waren es vor allem die zahlreichen Geschichts- und Heimatvereine, die sich dem nationalen Abwehrkampf verschrieben hatten. Ein prominentes Beispiel ist der im März 1925 gegründete Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande. Er fungierte als Schnittstelle zwischen Heimatforschung und Heimatkunde auf der einen sowie der an der Bonner Universität angesiedelten professionellen geschichtlichen Landeskunde der Rheinlande auf der anderen Seite. Sinn und Zweck des Vereins formulierte der Bonner Historiker Aloys Schulte auf der Jahreshauptversammlung 1927 in Kreuznach (heute Bad Kreuznach) folgendermaßen: „Der Verein hat sich die Aufgabe gestellt, die Geschichte der engeren Heimat zu pflegen, aber im Verbande mit der großen Heimat, im Verbande mit der Geschichte des deutschen Volkes und des deutschen Vaterlandes“. ^[71] Die Gründung des Vereins muss auch in Zusammenhang mit der Heimatbewegung gesehen werden, die, einem Werbeblatt des Vereins zufolge, „nirgendwo in deutschen Landen kräftigere Wurzeln geschlagen [hat] als am Rhein, wo fremde Bedrohung den Wert der heimatlichen Kulturgüter am deutlichsten erkennen ließ“.

Die Besetzung wirkte sich auch auf einige Bereiche der Kunst unmittelbar aus, etwa wenn in Düsseldorf wie vermutlich auch im übrigen Rheinland „das Hauptthema der örtlichen ‚Denkmalskultur‘ die Mahnung zur Einheit des Volkes“^[72] wurde. Die Politik wies eine Tendenz zur Instrumentalisierung im Sinne des „nationalen Abwehrkampfes“ auf. Ausdruck dieser versuchten Vereinnahmung der Kunst war etwa die Verleihung der großen „Befreiungsplakette des Reichspräsidenten“ an den rheinischen Expressionisten Franz M. Jansen (1885-1958), einem Maler und Graphiker der „Rheinischen Moderne“, im Jahr 1930 für sein Bild „Regentag im Frühling“.

Die Instrumentalisierung und Förderung von „Kunst“ seitens der Politik erfuhr eine Fortsetzung, ja Steigerung, als wenige Jahre später die Nationalsozialisten an die Macht gelangten. So veröffentlichte Roland Betsch (1888-1945), der 1937 mit dem „Westmarkpreis“ ausgezeichnet worden war, unter dem Titel „Ballade am Strom“ im Jahr 1941 einen Roman in drei Bänden, in welchem er ganz im nationalistischen Geist die Besatzungszeit vornehmlich in der Rheinpfalz, mitunter jedoch auch in der benachbarten Rheinprovinz thematisierte. Hier orientierte sich das Wirken des Schriftstellers bereits an den gesetzten politischen Zielvorgaben. Ähnlich wie im Fall des Historikers und Archivars Paul Wentzcke gab es also auch im kulturellen Bereich Kontinuitätslinien, die über 1933 – und aufgrund der personellen Kontinuitäten letztlich über das Jahr 1945 – hinausreichten.



Französische Fahnenwache auf der Festung Ehrenbreitstein in Koblenz, 1929.
(Bundesarchiv)

Auf der anderen Seite gab es durchaus versöhnliche Töne, die gewillt waren, die aufgeworfenen Gräben zu überbrücken. Den Schrecken des Krieges unverblümt schildern die Vertreter des literarischen Expressionismus, auf nationaler Ebene unter anderem Autoren wie Anton Schnack (1892-1973), Walter Hasenclever (1890-1940), Lion Feuchtwanger (1884-1958), Erich Mühsam (1878-1934), Ernst Toller (1893-1939) und Bert Brecht (1898-1956). Diese ließen die überkommenen Feindbilder verblassen und „tendierte[n] immer stärker zum Pazifismus und zu einer Politik der internationalen Verständigung“.^[73]

Im Rheinland war es unter anderem die Koblenzer Malergruppe „Das Boot“, die eine Brücke über den nationalen Graben schlug. Nach und nach stießen auch französische Intellektuelle der Interalliierten Rheinlandkommission zu diesem Kreis. Viele rheinische Kunstschaaffende und mit diesen befreundete Künstler betrachteten nach dem Schrecken, welchen Krieg und Militarismus über Europa gebracht hatten, den Rhein als verbindendes Band zwischen Frankreich und Deutschland. Künstlerisch richtete man den Blick nach Westen, insbesondere nach Paris, politisch setzte man sich für pazifistische Überzeugungen ein. Paul Eluard (1895-1952), Max Ernst, René Schickele (1883-1940) und Paul Adolf Seehaus (1891-1919) gaben diesen Bemühungen ein Gesicht.

Der Kölner Maler Franz W. Seiwert (1894-1933) plädierte in der von Franz Pfemfert (1879-1954) herausgegebenen „Aktion“ im konfliktträchtigen Jahr 1923 dafür, „die Rheinlandfrage [...] vom Standpunkt einer wahrhaften Internationalität“^[74] aus zu betrachten. Die in Düsseldorf nach dem Krieg gegründeten Künstlervereinigungen „Das Junge Rheinland“ und der „Aktivistenbund“ sprachen sich ebenso für eine Verständigung mit Frankreich aus wie der Kreis um den Inhaber des „Kairos“-Verlages, Galeristen und Herausgeber der kurzlebigen Zeitschrift „Der Strom. Rheinische Zeitschrift für Literatur und Kunst“ Karl Nierendorf (1889-1947). Als Geschäftsführer der Kölner „Gesellschaft der Künste“ organisierte Nierendorf eine Vortragsreihe, in deren Rahmen Alfons Paquet (1881-1944) am 2.11.1919 unter dem Titel „Der Rhein als Schicksal“ eine Ansprache hielt, die für die rheinische Kunstszene Signalwirkung besaß: „Mit ihr beginnt eine Welle prowestlicher europäischer Bekenntnisse“.^[75] „Der Strom“ gab dem Luxemburger Gust van Werveke (1896-1976) im Jahr 1919 Raum für einen Appell, der – nicht ohne ein gewisses Pathos – ebenfalls zu einer deutsch-französischen Annäherung beitragen wollte.^[76] Von einer kollektiven Perpetuierung der deutsch-französischen „Erbfeindschaft“ konnte in der international ausgerichteten Kunstszene nicht die Rede sein. Die Mehrheit der Kunstschaaffenden ließ sich nicht in diesem Sinne instrumentalisieren. Max Weber (1864-1920) siedelte im September 1922 sogar endgültig nach Frankreich über.

Carl Mierendorff (1897-1943) veröffentlichte zwischen 1919 und 1921 die politisch-literarische Zeitschrift „Das Tribunal“ in Darmstadt. Wie in den „Rheinischen Blättern“ wurde hier für einen Austausch zwischen deutschen und französischen Intellektuellen, für die deutsch-französische Verständigung geworben. Auch die Künstlergruppe um die linksrheinische Zeitschrift „Das Neue Rheinland“, die an der Profilierung einer „rheinischen Eigenart“, einer rheinischen Identität interessiert war und sich zu diesem Zwecke sowohl von „Berlin“ als auch von Frankreich abgrenzte, verlor den Gedanken der Versöhnung und Völkerverständigung nicht aus den Augen: „Das ‚Neue Rheinland‘ verstand sich als Podium für die rheinische Kunst, Kultur und Dichtung, wollte kulturelle Brücken bauen und einen Beitrag zur Völkerversöhnung leisten, wobei das Rheinland den Mittelpunkt für diese geistige, politische und kulturelle Erneuerung bilden sollte“.^[77]

Es lohnt sich, den 1903 in Ehrenbreitstein (heute Koblenz-Ehrenbreitstein) geborenen Schriftsteller Joseph Breitbach genauer zu betrachten. In seinem Oeuvre spielt die Besatzungszeit eine bedeutende Rolle, nicht zuletzt in dem 1932 erschienenen Roman „Die Wandlung der Susanne Dasseldorf“. Die 1929 in Toulon geschriebene Erzählung „Education Sentimentale“ handelt von dem in ärmlichen Verhältnissen lebenden, jugendlichen Kleinkriminellen Pitter Bünger und spielt im von den Amerikanern besetzten Koblenz, unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkrieges. Bei der Schilderung der amerikanischen Besatzungssoldaten enthält sich Breitbach jeglicher Ideologie, geschweige denn Feindseligkeit. Die Erzählung beginnt mit der Erwähnung der Besetzung der Stadt Koblenz durch die Amerikaner: „An dem Tag, als die amerikanischen Besatzungstruppen im Winter 1918 in Koblenz zum erstenmal den Rhein sahen, stand Pitter Bünger vor Gericht“.^[78] Breitbach sieht in der Besatzungszeit die Kulisse seines im Entstehen begriffenen Romans, wie er seinem Freund Alexander Mohr am 16.6.1926 in einem Brief mitteilt. Er spricht von der „großartigen Kulisse der Besatzung im Rheinland in den Jahren 1920-25“.^[79] Eine nennenswerte Verbitterung Breitbachs gegenüber der Besatzung ist all dem nicht zu entnehmen. Im Gegenteil: Er, der schon in den frühen 1920er Jahren als „Kenner der französischen Lyrik und Literatur“ galt, siedelte genau in dem Jahr, in dem sich allmählich die letzten bis dahin verbliebenen Besatzungstruppen für die Heimkehr rüsteten, 1929, nach Frankreich über. Von der Perzeption der Besatzung seitens Breitbachs zeugt auch seine Korrespondenz mit Alexander Mohr. Die Briefe sind zum Teil in französischer Sprache gehalten, und Breitbach zeichnet in einem Schreiben vom 9.1.1924 ein nicht unbedingt nachteiliges Bild der Interalliierten Rheinlandkommission: „Ich habe übrigens jetzt hier fabelhafte Entdeckungen gemacht. Die Rheinland-Kommission ist ein Asyl für Dadaisten, Surrealisten, pour toutes sortes de poètes. So kenne ich jetzt Eric de Haulleville, dessen schönstes Buch ‚Dénouements‘, Editions Disque [V]ert ich Dir sehr empfehle“.^[80]



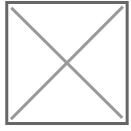
Abzug französischer Truppen aus Koblenz, Dezember 1929. (Bundesarchiv)

In der Architektur – die naturgemäß eher auf Gelder beziehungsweise Aufträge der öffentlichen Hand und des Großbürgertums angewiesen war als die Literatur – gab es schon eher die Tendenz, sich im nationalen Sinne und somit gegen die alliierte Besatzung zu profilieren. So hält Jürgen Wiener mit Blick auf den rheinischen Hochhausbau während der Besatzungszeit fest: „Mögen insbesondere in Berlin Hochhäuser schon vor dem Krieg geplant worden sein, so entstanden im Rheinland in den Jahren 1921–1924 mehr Hochhäuser als in allen anderen deutschen Städten zusammen. Da dies genau in die Jahre der Besetzung der Rheinlande fiel, wird man hinter diesen Anstrengungen [...] auch eine selbstbewusste Demonstration von Stärke gegenüber den westlichen Nachbarn lesen müssen. Sie waren Signale des unbeugsamen Willens und der wiederzugewinnenden Macht“.^[81]

In der Musikbranche machte sich ebenfalls ein nationaler Ton bemerkbar, der mit der Rheinlandbesetzung in Zusammenhang stand. Zum einen gab es die Mitwirkung bei den Jahrtausendfeiern im Jahr 1925, zum anderen programmatische Aussagen, die den deutschen Charakter der Musik und somit letztlich des besetzten Gebietes stark hervorhoben. So stellte der Kölner Verleger und Musikwissenschaftler Gerhard Tischer (1877– nach 1952) in seiner „Rheinischen Musik- und Theater-Zeitung“ 1925 anlässlich der Jahrtausendfeiern fest: „Wenn es gilt das Deutschtum zu betonen, dann muß der Deutschesten aller Künste, der Musik[,] schon ein besonders großer Raum gewährt werden“.^[82] Im „Deutschen Jahrbuch für Musik“, das 1923 erstmals im Essener Rheinischen Musikverlag Otto Schlinghoffs erschien, wurden ähnliche Töne angeschlagen. Hans Pfitzner (1869–1949) fragte, was „noch deutsch“ sei: „Sind es die, denen an der Zugehörigkeit des Elsaß zu Deutschland, dem Schicksal der Kolonien, der Balten, Danzigs, Tirols, des Saar- und Ruhrgebiets liegt“? Weiter beklagte er, „[w]as mit unserm armen Land geschehen ist von außen an [...] Schmach, Hohn, Schimpf und Verachtung“. Hans Joachim Moser (1889–1967) appellierte in derselben Zeitschrift an die Leser: „Ein edles Nationalgefühl im Publikum unserer Konzertsäle nicht verkommen zu lassen, zeigt sich gerade in der furchtbaren Not der Gegenwart als dringend geboten [...]. In der uns von den Feinden zugeachten Verelendung und Vernichtung unserer Wirtschaft ist auch unsere Kunst mit eingeschlossen“. Der Herausgeber Rolf Cunz, Kritiker der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ und Musikredakteur der Zeitschrift „Der Hellweg. Westdeutsche Wochenschrift für deutsche Kunst“, sieht in seinem Artikel, in welchem er die „Werbegastspiele ins unbesetzte Gebiet“ des „vereinigten Ruhrorchesters“ 1923 in München und Berlin thematisiert, den „Glauben an den Endsieg deutscher Kultur, deutscher Kunst, deutscher Musik“ bestätigt. Tischer hatte bereits 1922 in seiner Zeitung, gerichtet an die Adresse der Bewohner der besetzten Gebiete, resümiert: „Deutsche Musik pflegen heißt deshalb, am Wiederaufbau des niedergebrochenen Volkes mitarbeiten“.

Anders als die hierfür prädestinierten Wissenschaftsdisziplinen – allen voran, wie oben dargelegt, die Geschichtswissenschaft – ließ sich die rheinische Kunstszene nicht so einfach vor den Karren der Politik spannen. Ein beachtlicher Teil der Kunstschaffenden – insonderheit der Literaten – verschrieb sich vielmehr dem Gedanken des Pazifismus, der Versöhnung und Völkerverständigung. Konzis fasst Gertrude Cepl-Kaufmann die damalige Befindlichkeit vieler rheinischer Literaten zusammen: „Die Vorstellung, dass mit der Herausforderung auf den Ersten Weltkrieg zu reagieren, sich notwendigerweise Lager von Kriegsanhängern und -gegnern hätten bilden müssen, ist zu einfach. Dennoch wird man gerade in Kreisen der rheinischen Schriftsteller eine Dominanz pazifistischer Bekenntnisse finden. Die Verbindungen zu Frankreich, zur Kulturmetropole Paris, hatten eine lange Tradition. Walter Hasenclever, von Unruh, René Schickele und Carl Einstein lebten lange Jahre dort. Selbst konservative Autoren wie [...] Jakob Kneip hat [!] mit einer Rede ‚An die Freunde‘ sein profranzösisches Bekenntnis ausgesprochen und zur Versöhnung aufgerufen. Für die meisten

ging dieser Suche nach Versöhnung allerdings erst das Erlebnis und die Erkenntnis vom Schrecken und der Barbarei des Krieges voraus“.^[83]



Denkmal für die belgische Besetzung am Niederrhein in Kleve-Schmithausen.

2. Die Rheinlandbesetzung

Im deutsch-französischen Krieg 1871 annektierte Deutschland Elsass-Lothringen. Nach dem Ersten Weltkrieg schlug das Pendel zurück: Frankreich und Belgien führten nun die alliierte Besetzung des Rheinlandes an. Französische Willkür und deutsche Propaganda schufen ein Klima der Feindschaft, aus dem später Hitler Kapital schlagen konnte.

Ein schwieriges Kapitel

Die französische (und belgische) Besetzung des Rheinlandes nach dem Ersten Weltkrieg ist ein besonders schwieriges Kapitel der deutsch-französischen Beziehungen. Das hat zunächst historische Gründe. Die Geschichte der Rheinlande als eines Grenzlandes zwischen Deutschland und Frankreich ist geprägt von Übergriffen, Aneignungen und Phobien auf beiden Seiten, die sich bis in das 17. Jahrhundert zurückverfolgen lassen.

"Sie sollen ihn nicht haben, den freien, deutschen Rhein": Dieses Gesangsgedicht von Interner Link: Nikolaus Becker aus dem Jahre 1840 war ein außenpolitisches Fanal mit der bissigen Antwort von Gérard de Nerval : "Nous l'avons eu, votre Rhin allemand..."

Alphonse de Lamartines Vermittlungsversuch: "Roule libre et superbe entre tes larges rives, Rhin, Nil de l'Occident, coupe des nations" konnte die Gemüter nicht auf Dauer beruhigen. Auch für das Rheinland galt, was man an der Geschichte Elsass-Lothringens ablesen kann, nämlich die Tatsache, dass die Militärs beider Seiten die Grenzregion Rheinland in erster Linie als "übergriffiges" Gebiet ansahen, als Basis für Angriffs- und Verteidigungsmanöver. Politiker folgten ihnen dabei, beispielsweise Bismarck, der 1871 die Annexion Elsaß-Lothringens allein aus militärischen Gründen betrieb.

Puffer zwischen Deutschland und Frankreich

Die Besetzung des Rheinlandes nach dem Ersten Weltkrieg folgte genau dieser alten Mechanik. Wenn die Deutschen die Besetzung als ein typisches Beispiel für "napoleonischen" Imperialismus deuteten, so wurde sie in Frankreich ganz überwiegend als eine zwingende militärische Notwendigkeit zum Schutze der französischen Grenzen angesehen - angesichts eines zwar im Kriege unterlegenen, bevölkerungsmäßig und wirtschaftlich aber auf Dauer doch übermächtigen Nachbarn.

Während des Ersten Weltkrieges war eine dauernde Okkupation des Rheinlandes durch Frankreich nur eine zeitweilige und recht vage formulierte Möglichkeit gewesen. Nach dem Krieg aber rückte sie infolge der militärischen Optionen in das Zentrum des Interesses. Engländer und Amerikaner hatten ursprünglich nur verlangt, dass die deutschen Truppen Frankreich und Belgien vollständig räumten. General Foch, der Oberkommandierende der alliierten Truppen, setzte im Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 zusätzlich die Demilitarisierung des Rheinlandes durch. Das Rheinland sollte zu einem echten Puffer zwischen Rest-Deutschland und Frankreich werden.

1.233

Kilometer lang ist der Rhein. Er ist damit nach der Wolga, der Donau, dem Dnepr, dem Don und dem Dnestr der sechstlängste Fluss in Europa.

Es folgten schwierige Verhandlungen zwischen den Alliierten, weil große Teile der französischen politischen Klasse und Öffentlichkeit der Meinung waren, dass das Rheinland und das Saargebiet definitiv vom Deutschen Reich abgetrennt und als unabhängige Staaten unter die Kontrolle der Vereinten Nationen oder Frankreichs gestellt werden sollten. Wegen des entschiedenen amerikanischen und britischen Widerstandes gegen eine solche Verkleinerung Deutschlands - die ja zwingend ein Übergewicht Frankreichs im künftigen Europa zur Folge haben musste - wurde im Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 schließlich nur eine zeitweilige "Friedensbesetzung" durch alliierte Truppen und zudem eine endgültige Entmilitarisierung des Rheinlandes festgelegt: Laut Artikel 42 und 43 des Vertrages war es Deutschland untersagt, "auf dem linken Ufer des Rheines und auf dem rechten Ufer westlich einer 50 km östlich des Stroms verlaufenden Linie Befestigungen beizubehalten oder anzulegen" und in diesem Gebiet Truppen zu stationieren.

Der Hohe Ausschuss

Zusätzlich enthielt der Vertrag noch als Anhang eine spezielle „Vereinbarung“ zwischen den USA, Belgien, Großbritannien und Frankreich einerseits und dem Deutschen Reich andererseits. Hier wurden die Modalitäten der "Friedensbesetzung" des Rheinlandes festgelegt. Insbesondere wurde eine "Haute commission interalliée des territoires rhenans" als zentrale Legislative und (!) Exekutive der Alliierten im Rheinland geschaffen. Als deren Vorsitzender wurde der französische Diplomat Paul Tirard eingesetzt. Über die Kompetenzen dieser *Haute Commission* hieß es in Artikel 3 der "Vereinbarung" nur lapidar: "Der Hohe Ausschuss ist befugt, Verordnungen zu erlassen, soweit dies für die Gewährleistung des Unterhalts, der Sicherheit und der Bedürfnisse der Streitkräfte der alliierten und assoziierten Mächte nötig ist (...). Diese Verordnungen haben Gesetzeskraft."

Weiterhin wurden in dieser "Vereinbarung" das Verhältnis der weiter bestehenden deutschen Behörden des Rheinlands zu den Organen der *Haute Commission* sowie die Unterbringung und der Unterhalt der Besatzungsarmee geregelt. Auch eine abschließende Verschärfungsmöglichkeit dieser "Friedensbesetzung" im völkerrechtlichen Sinne mussten die Deutschen unterschreiben. So beinhaltete Artikel 13 die Maßgabe, dass der Hohe Ausschuss befugt sei "so fern er es für nötig hält, den Belagerungszustand über das ganze Gebiet oder einen Teil davon zu verhängen".

Französische Willkür...

Diese ganz ungewöhnliche Maßgabe öffnete natürlich jeder Besatzungswillkür Tür und Tor. Dies um so mehr, als die ursprünglich vorgesehene amerikanische Beteiligung an der Rheinlandbesatzung wegen der Nicht-Unterzeichnung des Versailler Vertrages durch den Senat der USA unterblieb. Auch die Engländer zogen sich ab 1920 weitestgehend aus der Besatzungspolitik und überhaupt aus der Zusammenarbeit mit Frankreich zurück. So blieben als Besatzungsmächte am Rhein nur noch Belgien und Frankreich, was sicherlich auch der Grund dafür war, dass die Besatzungspraktiken sehr viel härter wurden, als sie es bei einer Vierer-Besatzung (unter Einschluss der westlichen Demokratien) geworden wäre. Denn tatsächlich wurde die Besatzung jetzt ja nur noch von den beiden Ländern ausgeübt – Belgien und Frankreich –, die selber so sehr unter der Kriegsbesatzung durch die Deutschen gelitten hatten.

Im Grunde verfolgten die französischen und belgischen Rheinlandbehörden die Strategie, nahezu alle Beschwerden der Deutschen über Schikanen, Fehlgriffe, Misshandlungen als unbegründet abzulehnen, gleichgültig, ob schließlich doch hinter den Kulissen Remedur geschaffen wurde. Ein besonders wichtiges Beispiel hierfür sind die zahlreichen Anzeigen sexueller Gewaltverbrechen durch französischer Soldaten. Diese wurden von den französischen Behörden auch als unbegründet zurückgewiesen, wenn die Beschuldigten militärintern bestraft wurden.

...und deutsche Propaganda

Es war für die deutschen Nationalisten und Rechtsradikalen deshalb ein leichtes Spiel, ihre Propaganda auf der Schutzlosigkeit von Frauen und Kinder aufzubauen. Das zeigte sich vor allem bei der geradezu explosionsartigen Verbreitung von Pamphleten und Schriften über die so genannte "Schwarze Schmach".

Bereits im 1870er Krieg hatte die deutsche Propaganda sich auf die Tatsache eingeschossen, dass die Franzosen "Senegalesen" gegen Deutsche kämpfen ließen, dass also eine zivilisierte Macht es zuließ, dass ein Weißer von schwarzen "Untermenschen" getötet werden konnte. Den schwarzen Soldaten wurden auch besonders barbarische Methoden im Kampf unterstellt. Im Ersten Weltkrieg hatten sich diese Gerüchte ebenfalls in der Propaganda niedergeschlagen. Nach 1918, im "Krieg nach dem Krieg", brachen sie zu voller Kraft auf, waren doch jetzt die Frauen und Mädchen "Freiwild am Rhein", so der Titel einer besonders infamen Hetzschrift.

Düsseldorfer Blutsonntag

Ein weiteres Problem war die Unterstützung separatistischer Bewegungen durch die Besatzungsmächte. Dies lag in erster Linie daran, dass Paul Tirard, genauso wie die meisten

französischen Militärs, Politiker, Journalisten und Intellektuellen, der Meinung war, dass die Rheinländer sich am liebsten vom "preußischen Joch" lösen und unter dem Schutz Frankreichs ein selbständiges Land sein wollten. Diese Überzeugung war auch der Hebelpunkt für die "pénétration pacifique", die im besetzten Rheinland an vielen Orten beispielsweise durch die betonte Pflege französischer Feier- und Gedenktage, etwa des "14 Juillet" gefördert werden sollte, aber in Wirklichkeit kaum einen Rheinländer zu überzeugen vermochte.

Gleichwohl stand diese "kulturpolitische" Überzeugung weiterhin im Mittelpunkt einer Politik der Unterstützung separatistischer Aktivitäten. Am schlimmsten davon ist im Rheinland der "Düsseldorfer Blutsonntag" vom 30. September 1923 in Erinnerung geblieben. Damals versuchten separatistische Gruppen, die Macht zu übernehmen und wurden dabei von den französischen Militärs massiv unterstützt. Und das, obwohl sich die Bevölkerung ganz eindeutig gegen diese separatistischen Aktivitäten wendete.

Das quantitativ größte Problem der Rheinland-Besetzung aber waren die im "Rheinlandstatut" des Versailler Vertrages nicht direkt vorgesehenen, von den französischen und belgischen Militärbehörden aber häufig angewandten "Ausweisungen" von missliebigen Personen aus dem Besatzungsgebiet. Das bedeutete konkret, dass jemand, der etwa eine der vielen verbotenen Zeitungen verbreitet hatte, ohne weitere Umstände entweder alleine oder mit seiner Familie aus dem Besatzungsgebiet abtransportiert und tatsächlich jenseits der Grenze auf offener Straße ausgesetzt werden konnte.

Der Ruhrkampf

Solche Ausweisungen fanden vor allem im so genannten "Ruhrkampf" statt, in der Zeit vom Januar bis September 1923, in der Franzosen und Belgier die Rheinlandbesetzung ausdehnten und auch weite Teile des Ruhrgebietes militärisch besetzten, um Deutschland zur Erfüllung seiner Reparationspflichten zu zwingen.

Tatsächlich hatte die deutsche Regierung im Dezember 1922 ihre Zahlungen und Sachlieferungen mit der provokativen Begründung eingestellt, man habe selber eine zu große Not zu bewältigen und wolle nur noch nach dem Maße des vorhandenen "Überschusses" bezahlen. Diese Erklärung erfolgte in einer Situation, in der die Folgen der Kriegszerstörungen und der räuberischen deutschen Besatzungspolitik in Frankreich zu einer großen Finanz- und Wirtschaftskrise geführt hatten.

Auch mussten die Franzosen zusätzlich die Schulden begleichen, die sie während des Krieges vor allem in Amerika aufgenommen hatten. Nicht zuletzt deshalb zeigte die französische Propaganda in ihren Filmen und Fotos die "rauchenden Schornsteine" an Rhein und Ruhr. Sie waren ein Symbol des – trotz der grassierenden Inflation – vorgeblichen Wohlstands der Deutschen.

Von den Problemen in Frankreich hatten die Deutschen, die sich von einem brutalen und unnahbar arroganten Sieger ausgebeutet und misshandelt fühlen, nicht die geringste Vorstellung. Umso extremer verlief diese wichtigste und abschließende Phase der Rheinlandbesetzung. Jetzt wurde, im Fall Schlageter, auch zum ersten Mal ein Todesurteil wegen Sabotage einer Eisenbahnbrücke vollstreckt. Und über Generationen hinweg ist der heftigste Zusammenstoß zwischen Besatzern

und Zivilbevölkerung in Erinnerung geblieben, nämlich der „blutige Karsamstag“ 1923 bei Krupp, als eine französische Militärpatrouille in das Gelände der Krupp-Fabrik eindrang, um dort Konfiszierungen durchzuführen. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit herbei geströmten Arbeitern, die sich diesen Wegnahmen erregt widersetzen wollten. Der kommandierende Offizier dieses Trupps ließ daraufhin das Feuer eröffnen – zehn Tote waren die Folge. Dieser Zusammenprall erschien den Deutschen als emblematisch für die Brutalität der Besatzer, zumal die Franzosen auch hier jegliche Verantwortung von sich wiesen und im Gegenzug sogar die Direktoren von Krupp verhaften und zu längeren Gefängnisstrafen verurteilen ließen.

An der Ruhr war also, stärker noch als im "friedensbesetzten" Rheinland, ein wirklicher "Krieg nach dem Krieg" ausgebrochen, der seinen deutlichsten Ausdruck fand in der Vielzahl antifranzösischer Schriften und Plakate, die interessanterweise genau den Bildern entsprachen, welche die Franzosen während des Weltkriegs von der deutschen Besatzung gezeichnet und gemalt hatten.

Ende der Besatzung

Nach der Einwilligung der Deutschen in den Young-Plan nach der Locarno-Konferenz und der von Stresemann und Briand eingeleiteten Politik des Friedens zwischen den beiden Nachbarn endete die Rheinlandbesetzung am 30. Juni 1930 mit dem Abzug der französischen und belgischen Truppen. Dennoch blieb das Rheinland weiterhin entmilitarisiertes Gebiet, behielt also einen Sonderstatus gegenüber dem übrigen Deutschen Reich.

Auch das war ein Punkt, aus dem Hitler später Kapital schlagen konnte, als er 1936 mit dem Einmarsch ins entmilitarisierte Rheinland die Franzosen und ihre Alliierten vor die Entscheidung stellte, ob sie den Machthaber gewähren lassen wollten oder nicht. Leider – von heute her gesehen – ließen sie diesen ersten Schritt zur gewaltsamen "Neuordnung Europas" durch die Nationalsozialisten ungestraft geschehen. Zu stark war in Frankreich inzwischen die Friedenssehnsucht aller politischen Lager und gesellschaftlichen Schichten geworden.

Francois Seydoux, der in Berlin geborene und später langjährige französische Botschafter in Bonn, hat in seinen Lebenserinnerungen über seine Jugendzeit in jenen Jahren Folgendes geschrieben.

Zitat

“ Ich verbrachte die Ferien des Sommers 1925 im französischen Hochkommissariat für das Rheinland mit Sitz in Koblenz (...). Nirgends hätte man sich ein zugleich glanzvolleres wie unzutreffenderes Bild von der Situation Frankreichs machen können, das siegreich an den Ufern des Rheins und der Mosel eine große Tradition wiederbelebte. Nirgends fühlten wir uns von den Deutschen weiter entfernt als in diesen uns geographisch und auch aufgrund eines gemeinsamen Erbes so nahe gelegenen Gebieten. Franzosen und Deutsche lebten nebeneinander, ohne sich anzublicken, die einen bestrebt, sich an eine Situation zu gewöhnen, die man sich zwangloser gewünscht hätte, die anderen düster verschlossen in ihrer Demütigung. Die brave Frau, bei der ich logierte, hatte nur wenige Minuten für ein paar Worte mit mir übrig; wir hatten

nicht die gleiche Wellenlänge; das Besatzungsregime war böse für sie, und ich armer Junge gehörte zu den Besatzern. Ein separatistisches Rheinland, das in den vergangenen Jahren einmal eine Chance gehabt hatte, kam nicht mehr in Frage. Von Wiederversöhnung aber sprach kein Mensch.

Eine wirklich dauerhafte Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich konnte erst Wirklichkeit werden, als ein weiterer und unermesslich grausamerer Krieg gezeigt hatte, dass es keine Alternative mehr geben konnte zu einer Zusammenarbeit Frankreichs und Deutschlands für ein vereintes und friedliches Europa.

Chronologie

1793: Unter dem Einfluss der französischen Revolution gründet sich in Mainz die Mainzer Republik

1806: Nach der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation bildete Napoleon den Rheinbund, ein Staatenbündnis, das neben den westrheinischen auch einige ostrheinische deutsche Territorialstaaten einschloss. Der Code Napoleon bringt Freiheits- und Menschenrechte.

1813: Die deutschen Befreiungskriege beenden den Rheinbund.

1815: Auf dem Wiener Kongress verliert Frankreich die linksrheinischen Gebiete, behält aber das Elsass. Das Rheinland kommt zu Preußen.

1840: Während der Rheinkrise beansprucht Frankreich den Rhein als natürliche Grenze. Es beginnt die Propagandaschlacht um den Rhein.

1871: Im deutsch-französischen Krieg annektiert das Deutsche Reich Elsass und Lothringen.

1918: Im Waffenstillstand vom 11. November wird die Demilitarisierung des Rheinlandes festgelegt.

1919: Der Versailler Vertrag regelt eine "Friedensbesetzung" des Rheinlands.

1923: Düsseldorfer Blutsonntag und Blutiger Karsamstag bei Krupp. Ruhrkampf.

1925: Antifranzösische so genannte Jahrtausendfeiern im Rheinland anlässlich des 1.000sten Jahrestags der Einverleibung des mittelfränkischen Lotharingen in das ostfränkische Reich Heinrichs I.

1930: Am 30. Juni beenden die französischen und belgischen Truppen die Rheinlandbesetzung.

1936: Hitler marschiert ins entmilitarisierte Rheinland ein.

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

-> Schlemmer, Martin, Die Rheinlandbesetzung (1918-1930), in: Internetportal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: <https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Themen/die-rheinlandbesetzung-1918-1930/DE-2086/lido/57d133f17e43d1.98845861> (abgerufen am 14.05.2026)

-> Krumeich, Gerd: Die Rheinlandbesetzung, in: bpb.de (Bundeszentrale für politische Bildung), online verfügbar seit 11.05.2012 unter: <https://www.bpb.de/themen/europaeische-geschichte/geschichte-im-fluss/135676/die-rheinlandbesetzung/>, zuletzt geprüft am 01.09.2026.

->

Sekundärliteratur

->

->

->